

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Redaktion 3141.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 220.

Freitag, den 20. September 1907.

18. Jahrgang.

Das neue Reichsvereinsgesetz.

Das neue Vereinsgesetz für das Deutsche Reich ist in seinem Entwurfe fertiggestellt und wird als eine der ersten Vorlagen den Bundesrat nach seinem Zusammentritt beschickten. Daran ist kein Zweifel, wenn auch eine offizielle Publikation noch aussteht. Verschiedene Blätter, die von den Profanen leben, welche von der Herren Tische fallen, sind bereits in der Lage, die amnestigen Verbesserungen des neuen Entwurfs anzudeuten, und zu versichern, daß den freisinnigen Vabegünstigen in Korberney die fertig ausgearbeiteten Gesetzesbestimmungen zur Begutachtung vorgelegt haben. Damit nimmt die Zuberficht über ein, welcher Wlemer und andere Abgeordnete des freisinnigen Parteitages von dem „ernsten Bestreben“ der Regierung sprachen, den liberalen Forderungen entgegenzukommen.

Ein Blick auf die angekündigten Reformen belehrt uns allerdings, daß es sich hier um eine Fiklarbeit armseligster Art handelt, daß sich der Entwurf nur auf die Abschaffung und Aenderung von Bestimmungen beschränkt, die nicht nur dem Staatsbürger, sondern noch viel mehr den Behörden selbst zur Last fallen. Folgende vier Reformen sind angekündigt: 1. Gleichberechtigung der Frauen; 2. Aufhebung der Altersgrenzen, die in einigen Bundesstaaten für die Beteiligung an politischen Vereinen bestehen und Ersetzung derselben durch die bisherige preussische Bestimmung über Schüler und Lehrlinge; 3. Aufhebung des Zwanges zur Einreichung von Mitglieder-Verzeichnissen und 4. Befreiung der Gewerkschaften von den Beschränkungen, die für politische Vereine gelten. So fortschrittlich manche dieser Bestimmungen aussehen, so stellen sie doch nichts weiter dar, als die Erfüllung ganz selbstverständlicher Forderungen. Nehmen wir die beiden letzten Punkte. Die Einreichung der ewig wechselnden Mitglieder-Verzeichnisse mützen bei 1,800,000 freien Gewerkschafts-Mitgliedern und 530,000 organisierten Sozialdemokraten den Behörden eine Arbeit zu, die sie kaum noch zu bewältigen vermögen, und in manchem der politischen „Verzeichnisse“ mag schon heute ein greuliches Lohwobohu herrschen. Die Aufhebung dieser Anzeigepflicht liegt also ebenso sehr im Interesse der Behörden als der Vereins-Vorstände. Dazu kommt, daß diese Pflicht, ebenso wie die Unterstellung der Gewerkschaften unter die Bestimmungen für politische Vereine heute den christlichen Gewerkschaften, nationalen und vaterländischen Streikbrecher-Vereinen ebenso lästig und hinderlich sind, als den freien Organisationsen. Schon um die getreuen Schöpfkinder der Regierung von hinderndem Ballast zu befreien, muß man diesen „Fortschritt“ zulassen. Nicht viel anders sieht es beim Vereinsrecht für Frauen. Vor zehn Jahren noch waren die

Frauen nur in sozialdemokratischen Versammlungen zu sehen, heute haben nahezu alle Parteien die weiblichen Hilfskräfte für politische Zwecke, sogar für Wahlen, in Anspruch genommen und ihre Gleichstellung stellt nicht mehr ein Zugeständnis an die Opposition dar, sondern eine Sanktion bürgerlicher Wünsche. Im Punkte der Altersgrenze bringt das neue Gesetz für Preußen überhaupt keinen Fortschritt, nur Sachsen und einige ihm gleichgestellte Bundesstaaten verlieren damit ihre schändlichen Beschränkungen.

Keine Aenderung soll darin stattfinden, daß politische Vereine ihre Gründung und ihren Vorstand anzeigen und das Statut einreichen müssen. Die Polizei soll nicht das Recht erhalten, Versammlungen von vornherein zu verbieten oder Vereine vorläufig zu schließen. Diese letztere Befugnis wird dem Richter vorbehalten bleiben. In welchem Grade die konserbative Zustimmung zu dem Gesetzentwurf dadurch erkaufte wird, daß man den Polen das Recht auf Anwendung ihrer Muttersprache in den Versammlungen raubt, bleibt vorläufig noch verschwiegen.

Der Vertreter der Polizei soll künftig nur dann eine Versammlung schließen und auflösen dürfen, wenn der Vorsitzende selbst es wiederholt unterlassen hat, bei Aufforderung eines Redners zu gesetzwidrigen Handlungen einzuschreiten und ihm das Wort zu entziehen. Das wäre also sächsisches Recht fürs Reich.

Die sozialdemokratische Verbesserungsarbeit wird also schon beim § 1 des bestehenden preussischen Vereinsgesetzes einsetzen müssen, der von der Anmeldepflicht der Versammlungen handelt. Es besteht kein vernünftiger Grund, warum im Deutschen Reich nicht allgemein Rechtens sein kann, was sich in Württemberg, Hessen und Gotha seit Jahren bewährt hat, nämlich die Versammlung der Staatsbürger ohne vorherige polizeiliche Anmeldung. Das Geld für die Ueberwachung von Versammlungen ist zum Fenster hinausgeworfen, die Anwesenheit der Beamten wird allgemein als überflüssig, mitunter als belästigend empfunden, der Pöps kann also getrost abgeschnitten werden. Dazu kommt, daß in Prozessen mehr als einmal gerichtlich erwiesen wurde, wie unzuverlässig und ungenau die Berichterstattung der Polizeibeamten aus übermächtigen Versammlungen ist; die Behörden erhalten also mit ihrem schwerfälligen Apparat nicht einmal einen wahrheitsgetreuen Bericht. Die bisherige Anmeldeverfahren erleichtert nur die Saalabtreiber. Wir hoffen, auch Freisinn und Zentrum werden ihre Hand nicht dazu bieten, um den Süddeutschen eins ihrer freien Gesetze zu nehmen, sondern ihre Bemühungen dahin richten, württembergische und hessische Versammlungsfreiheit dem übrigen Reich zu verschaffen.

Unbedingt notwendig ist ferner die Abänderung des § 9 und 10 des Vereinsgesetzes, die von Versammlungen und Umzügen unter freiem Himmel handeln. Hier ist der behördlichen Willkür bisher

Zor und Ehr gedünnt. Immer wenn Sozialdemokraten eine solche Versammlung abhalten wollen, stellt sich die „Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit“ ein, auch wenn auf hundert Meilen im Umkreise diese Ordnung und Sicherheit seit hundert Jahren nie gestört worden ist. Der Herr Landrat bestimmt es und der Staatsbürger hat zu gehorchen. Die Polizei erklärt einen Radfahrerwutzug — von Arbeiter-Radfahrern natürlich — für anmeldspflichtig und die Veranstalter werden bestraft; ein Dampferausflug auf den stelen deutschen Strömen — wenn er von Sozialdemokraten unternommen ist — gefährdet die öffentliche Sicherheit und seine Teilnehmer werden bestraft. Das ist der gegenwärtige „Rechts“-Standpunkt. Werden Freisinn und Zentrum bei der Beratung des neuen Gesetzes zur Konserbierung dieser Polizeiwirtschaft ihre Hand reichen? Die Sozialdemokratie wird beide vor die Entscheidung stellen, indem sie das massenhafte Material dem Reichstage unterbreitet, das zu dieser Frage vorliegt, und die Abschaffung der polizeilichen „Erlaubnis“ beantragt.

Eine Ergänzung zum bestehenden Gesetz macht sich für den Osten des Reiches aber gegen die Saalabtreiber eilen notwendig, die hoffentlich nicht allzu schwer durchzusetzen sein wird, da die bürgerlichen Parteien ja jedem Terrorismus gerade in unserer Zeit so außerordentlich abgeneigt sind. Wir empfehlen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, nach dem Vorbilde des § 153 der Gewerbeordnung folgenden Paragraphen für das Vereinsgesetz zu beantragen:

Wer andere durch Drohungen mit wirtschaftlichen Nachteilen durch Ehrverletzung oder Verurteilung bestimmt oder zu bestimmen versucht, seine Räumlichkeiten oder Grundstücke zur Abhaltung von Versammlungen zu verweigern, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.

Fürst Bülow hat mehr als einmal erklärt, wie sehr er jeden unrechtmäßigen Zwang verabscheut, wie er jedem Staatsbürger die gleichen politischen Rechte garantiert. Hier ist ihm eine Gelegenheit geboten, seine Worte in die Tat umzusetzen. Die Notwendigkeit dieser Vorschrift wird kein Kundiger in Zweifel ziehen; auch die freisinnigen Wähler werden wissen ein Ob davon zu sagen. Erst gestern haben wir das Schreiben des Amtsvorstehers Gurodz von Ostitz veröffentlicht, in dem einem Wirte die Konzession entzogen wird, nur weil der Wirt sein staatsbürgerliches Recht, den Sozialdemokraten seinen Saal zur Verfügung zu stellen, ausübt. Solche Uebergriffe, die wir dem Kanzler im Reichstage zur Kenntnis geben werden, machen die oben genannten Strafbestimmungen dringend notwendig.

Das neue Vereinsgesetz, wie der Block es uns bescheren will, genügt also den Forderungen, die der Staatsbürger an dasselbe stellen muß, bei weitem nicht. Sache des Reichstages wird es sein, daraus etwas Annehmbareres zu gestalten.

Ein Frauenschicksal.

Sozialer Roman von Edda Orzeszko.

Englisch autorisierte Uebersetzung von Leonhard Brigen.

2] (Nachdruck verboten.)

„Ja, mein Kind“, erwiderte mit leiser Stimme die bleiche Frau und wendete sich dann dem vor dem Tore stehenden Hausmeister zu.

„Ich bitte um den Schlüssel zur Wohnung, die ich vor zwei Tagen in diesem Hause gemietet.“

„Ah! die Dachstube“, erwiderte der Hausmeister und sagte hinzu: „gehen Sie nur hinauf, Madame, ich werde sofort aufmachen.“

Durch den kleinen vieredigen Hof, den von zwei Seiten eine blinde, ziegelrothe Mauer umgab, während hölzerne Schuppen die beiden anderen Seiten gerten, betraten die beiden Frauen mit dem Kinde die finsternen, schmudigen und engen Treppen. Das junge Mädchen nahm das Kind auf den Arm und schritt voran, während die Frau in Trauer ihr langsam folgte.

Das Zimmer, dessen Tür jetzt geöffnet wurde, war wohl geräumt, doch dunkel und niedrig, das einzige kleine Fenster, das sich oberhalb des Daches erhob, führte nur ungenügendes Licht zu, die schräge Dede drückte die Mauern, denen der feuchte Geruch feuchter Lünge entströmte.

In der Ecke, dem einfachen Ziegelofen zunächst, befand sich ein kleiner Kochherd, an der gegenüberliegenden Wand stand ein Schrank von mittlerer Größe, etwas weiter das ganz einfache Bett, ein kleines Kanapee, mit schabhaftem Kattun überzogen, ein schwarz gezeichnetes Tisch und einige gelbe Stühle, deren Sitze von Rohrgeflecht teils zerfallen, teils eingedrückt waren.

Die junge Frau blieb einen Augenblick auf der Schwelle stehen, ließ einen langen Blick durch das Zimmer gleiten, dann trat sie einige Schritte vor und ließ sich auf dem Kanapee nieder.

Das Kind stand bleich und regungslos neben der Mutter, es ließ den Blick in dem sich Verwunderung und Schrecken malten, unerschrocken.

Das junge Mädchen beachte den Aufseher, der zwei Koffer ins Zimmer hinauf gebracht hatte, und schritt sofort an die Ordnung und Verteilung der Gegenstände, die sie den Koffern entnahm.

Das Ordnen dauerte kurze Zeit, denn nur Weniges war vorhanden. Das junge Mädchen, das weder Hut noch Umhang abgelegt hatte, ordnete in einem der Koffer die spärliche Wäsche und einige Kindersandale, den anderen geleerten Koffer schob

sie in eine Ecke des Zimmers. Sie legte in dem Bette die beiden Kopfkissen und die wollenen Dede zurecht, hing einen weißen Vorhang vor das Fenster, ordnete im Schranke einige Teller, mehrere Töpfe, einen Wasserkrug, ein Wäschbrett, einen Waschlapp und einen kleinen Samowar (Teemaschine). Als sie all das beendet hatte, nahm sie hinter dem Ofen ein kleines Bündel Holz hervor und entzündete auf dem Herde ein lustiges Feuer.

„So“, sprach sie, indem sie sich von den Knien erhob und ihr vom Ausblasen der Flamme gerücktes Antlitz der regungslosen Frauengestalt zuwendete, „ich habe Feuer gemacht, da wird es gleich wärmer und heller hier werden. Das Holz zum Feuermachen ist hinter dem Ofen, gnädige Frau, es wird wenigstens für 14 Tage ausreichen, Wäsche und Kleider sind im Koffer eingeräumt, das Holz und Küchengeschirr im Schrank, dort befindet sich auch die Kerze im Leuchter.“

Die treue Dienerin bemühte sich sichtbar, diese Mitteilungen in heiterem Tone vorzubringen, doch das Mädchen wollte nicht auf den Lippen bleiben und die Augen füllten sich mit Tränen.

„Und jetzt“, sprach sie leiser und faltete die Hände, „jetzt meine liebe gnädige Frau, jetzt muß ich Sie verlassen!“

Die junge Frau erhob das Haupt.

„Ja Du mußt fort, Sophie, Jawohl“, sagte sie hinzu, indem sie zum Fenster hinausblinzelte, „Du mußt fort, es wird dunkel... es wird unheimlich sein, zu so später Stunde durch die Stadt zu gehen.“

„Oh! das nicht, teure Herrin“, rief das Mädchen, „für Sie würde ich in finsterner Nacht in den entferntesten Winkel der Erde gehen, aber meine neue Herrschaft... will morgen in aller Frühe Waidgänger verlassen und hat mir befohlen, mich vor Tagesanbruch bei ihr einzufinden. Ich muß aber doch noch heute hingehen, weil sie mich noch heute brauchen.“

Bei diesen Worten neigte sich das Mädchen über die weiße Hand ihrer ehemaligen Herrin und wollte sie an die Rippen führen. Doch die junge Frau erhob sich schnell und umschlang mit beiden Armen den Hals des Mädchens. Beide weinten, auch das Kind brach in Tränen aus und griff mit seinen kleinen Händchen nach dem Umhang der Dienerin.

„Geh nicht fort, Sophie!“ rief das kleine Mädchen, „geh nicht fort! Hier ist es schrecklich und so traurig.“

Das Mädchen bedeckte die Schultern und die Hände ihrer früheren Gebieterin mit Küffen und drückte wiederholt das weinende Kind ans Herz.

„Ich muß, ich muß fort!“ wiederholte sie schluchzend, „ich habe eine arme Mutter, kleine Schwestern, für diese muß ich arbeiten.“

Die Frau in Trauer erhob das bleiche Antlitz und richtete die schlanke Gestalt auf.

„Auch ich werde arbeiten, Sophie“, sprach sie mit leiserer

Stimme als bisher, „auch ich habe ein Kind, für das ich arbeiten muß...“

„Gott segne und behüte Sie, meine teure, gnädige Frau!“ rief Sophie, indem sie noch einmal die Hände der jungen Frau und das vertehrte Gesicht des Kindes küßte, dann ließ sie ohne sich umzusehen aus dem Zimmer.

Die stille, die nach dem Fortgehen des Mädchens im Zimmer herrschte, wurde nur von dem Knistern des Herdfeuers und dem dumpfen Straßenrausch, den man heimlich deutlich in der Mansarde vernahm, unterbrochen. Die Frau sah wieder auf dem Kanapee, das Kind hatte sich fest an sie geklammert und war unter letztem Weinen vor Müdigkeit eingeschlummert. Das Haupt auf den einen Arm gestützt, mit dem anderen die zarte Gestalt des Kindes umschlingend, blidte sie regungslos in das Spiel der Flammen. Mit der treuen und anhänglichen Dienerin hatte sie das letzte Menschenantlitz verlassen, das Zeuge ihrer Vergangenheit gewesen, die letzte Stütze, die ihr geblieben war, als alles andere entfiel.

Jetzt war sie allein, der Nacht des Schicksals preisgegeben, auf die Kraft ihrer Arbeit hingewiesen, und die einzige Gefährtin ihrer traurigen Einsamkeit war dieses kleine zarte Geschöpf, das nur Ruhe an ihrer Brust suchte, Zärtlichkeit von ihren Lippen, Nahrung aus ihren Händen fordern konnte. Das Haus, das einst die lebende Hand des Gatten für sie eingerichtet und das sie hatte verlassen müssen, bewohnten jetzt andere, der gute geklebte Maan, der sie mit Liebe und Wohlstand umgeben, ruhte im kühlen Grabe...

Alles entschwinden... Liebe, Wohlstand, Frieden und bessere Lebensfreude; und die einzigen Spuren der gleichem Traum: erschwindenen Vergangenheit, die der unglücklichen Frau zurückgeblieben, waren jene Erinnerungen und das zarte, bleiche Kind, das jetzt von ihrem Schimmer erwacht, seine Arme um den Hals der Mutter schlang, einen Fuß auf ihre Rippen brühte und die Worte sprach:

„Mama! ich bin hungrig, bitte etwas zum Essen!“

Dor-längst hatte diese Bitte noch nichts an sich, was Trauer oder Sorge im Herzen der Mutter erwecken konnte.

Sie griff in die Tasche und zog ein Brotstückchen hervor, das einige Handmolen — ihr und ihrer Tochter ganzes Vermögen enthielt.

Sie warf ein Stück um, und indem sie dem Kinde ein Stück, ruhig ihrer Wiederkehr zu harren, vertiefte sie das Zimmer.

Auf der Treppe begegnete sie dem Hausmeister, der für die Bewohner des ersten Stockwerks einen Bund Holz beschaffte.

„Guter Herr“, sprach die junge Witwe freundlich, doch mit einiger Schüchternheit, „wären Sie nicht die Güte haben, mir hier irgendwo in der...“

„Alles Mühe und Seemann zu be-jorgen?“

(Fortsetzung folgt)

Politische Uebersicht.

Für Alkoholverbote liegt dem Parteitag in Offen folgende Resolution vor, die vom Referenten dieser Frage, Genossen Würm, ausgearbeitet ist:

Die Gefahren des Alkoholgenußes sind mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise für die arbeitende Bevölkerung gewachsen.

Dieselben Bedingungen, die auf deren allgemeine Verelendung hinwirken, haben auch den Anreiz zum übermäßigen Alkoholgenuß und damit dessen Schädlichkeit gesteigert; die Heteranerkennung, die ungenügenden Löhne und die ungesunden Wohn- und Arbeitsstätten.

Durch wirtschaftliche und soziale Mängel wird den Arbeitern ein zu häufiger Genuß von Alkohol aufgezwungen und angebahnt.

Diese Gewöhnung hat aber nur zur Folge, daß auch, wenn diese primäre, wirtschaftliche Veranlassung zum übermäßigen Alkoholgenuß geschwunden ist, ihm oft nicht mehr entzogen werden kann.

Die bürgerlichen Alkoholgegnere stellen den Alkoholsinn als die vom Volke selbst verschuldet Ursache seiner Not hin und lenken damit — zum Teil nicht ohne Absicht — die Aufmerksamkeit von dessen ursprünglichen wirtschaftlichen und sozialen Ursachen ab, während sie andererseits durch Zwänge und Strafgesetze den angeblich bösen Willen des Trinkers brechen wollen, so daß er doppelt büßen muß, was die herrschenden Zustände verschulden.

Der Kapitalismus und der Staat als sein Interessen-Vertreter haben an der Beseitigung des Alkoholsinnus nur insoweit Interesse, als sie durch die Lasten für seine Opfer und deren vernünftige Arbeitsfähigkeit Nachteile erleiden.

Der Parteitag erklärt: Die Schäden des übermäßigen Alkoholgenußes können weder durch Zwangs- und Strafgesetze noch durch Steuererhöhungen eingedämmt oder gar beseitigt werden.

Trunksuchtgelege zur Verfassung der Trunkenen sind nichts als Ausnahmefälle gegen die ärmere Bevölkerung, da sich die reichere ihnen leicht entziehen kann. Der Trunksüchtige ist wie jeder andere Kranke dem Arzte, nicht dem Strafrichter zu überantworten und aus öffentlichen Mitteln ist für ausreichende Sanktionen für Trunksüchtige unter ärztlicher Leitung zu sorgen.

Die Bekämpfung der Gasteriegeschäfte wie des Spirituosenverkaufs würde den Alkoholgenuß nur aus der Öffentlichkeit des Wirtshauses in die Heimlichkeit der Wohnung treiben.

Die Besteuerung der leichtesten alkoholischen Getränke (Bier, Wein, Obstwein) steigert infolge deren Verteuerung nur den Verbrauch von Branntwein. Je höher aber die Steuer auf Branntwein ist, um so mehr pündert sie gerade die ärmsten Schichten aus, da sie keinen Verbrauch mit ganz unessenlich einschränkt.

Zur Bekämpfung der Alkoholgefahr fordert der Parteitag: Herabsetzung der Arbeitszeit auf mindestens acht Stunden, Verbot der Nacharbeit, genügende Aufrechterhaltung während der Arbeit, durchgreifende gewerbliche Hygiene der Werkstätten und Arbeitsmethoden, Schutz der Kinder, Jugendlichen und Frauen, ausreichende Löhne, Beseitigung aller die Lebenshaltung verteuernenden indirekten Steuern sowie des Wobens- und Wohnungswuchers.

Hebung der öffentlichen Erziehung durch Umgestaltung und Erweiterung des Schulwesens, entsprechend den Beschlüssen des Mannheimer Parteitages über Volkserziehung. Eine durchgreifende Wohnungsreform, Erholungsstätten, Volkshäuser und Volksgärten.

Die Arbeiterorganisationen werden aufgefordert, jeden Zwang zum Genuß alkoholischer Getränke bei ihren Zusammenkünften zu beseitigen.

Aufklärung durch Wort und Schrift über die Alkoholgefahr, insbesondere für Kinder und Jugendliche, und die zum Alkoholgenuß verleitenden Einflüsse. Kinder müssen vom Alkoholgenuß unbedingt ferngehalten werden.

Dem allein wirksamen Kampf gegen die Alkoholgefahr führen die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Klassenbewußten Arbeiterschaft, indem sie deren wirtschaftliche Lage verbessern, und sie lehren, statt im Kaufschwaube Vergessenheit und Genuß zu suchen, im Kampfe gegen den Kapitalismus zur Befreiung von Verelendung und Unterdrückung, Gemüthung, Erholung und Freude zu finden.

Wir gestehen, daß uns diese Resolution sehr wenig befriedigt. Sie setzt wieder einmal das Negative in den Vordergrund, alle Maßnahmen, die wir zur Bekämpfung der Alkoholgefahr nicht für geeignet halten. An die Spitze der Resolution gehört unseres Erachtens die positive Seite der Abhilfe und zwar neben der wirtschaftlichen Hebung der Arbeiterklasse ein kräftiger Appell an unsere Anhänger, in die Bekämpfung des Mißbrauchs ihren Stolz zu setzen. Vielleicht soll der Parteitag das nach.

Mieder mit der Fahne!

In einem längeren Artikel wendet sich die „Deutsche Tageszeitung“ gegen das Stückchen Tuch, das als Fahne angeblich den Helmschutz der Soldaten anfeuern soll. Das Blatt schreibt, daß aus einem Erinnerungszettel an glänzende Tage des Truppensteils ein Schmuckstück geworden sei. Das moderne Gefecht, in dem sich die Infanterie- Truppenteile völlig auflösen, könne keine Heiligstümer mehr brauchen, die besonders verteidigt werden müßten, deren Verlust schimpflich sei. Für Paraden usw. möge man die schönen Fahnen behalten, für das Feld aber lasse man sie zu Hause und verwende ihre Träger in der Feuerlinie. Im Frieden verkörpert sie den obersten Kriegsherrn, sie seien ein Symbol. Wenn es aber in blutiger Schlacht die Ehre der Nation gelte, sei eine solche Verlorperung nicht mehr notwendig. Ein echter deutscher Fürst und jeder preußische Prinz sei dann noch immer in eigener Person bei der kämpfenden Truppe zu finden gewesen!

Diese Behauptung stimmt mit den Tatsachen nicht ganz überein. Denn in den modernen Kriegen und denen des vorigen Jahrhunderts sind die gefronten obersten Kriegsherrn immer vom Schlachtfeld fern gehalten worden, und jaht unter den Hohenrollern ist der Prinz Louis Ferdinand der einzige gewesen, der in offenem Felde, bei Saalfeld, Blut lassen mußte. Gegen die im Frieden den obersten Kriegsherrn vertretende Fahne hat sich übrigens schon am 27. Januar 1901 in der „Deutschen Tageszeitung“ der Generalmajor a. D. von Kullamer gewandt. Er stellte damals die Frage: „Ist das leblose Stück Fahnenzeug all das warme lebendige Blut wert, das darum geflossen?“

Trotz alledem hat man in diesen sechs Jahren von maßgebender Seite von einer Beseitigung dieses Pallastes kein Entschlossenheit gezeigt.

Die Einwände des lieben Gottes.

Ueber den Gotteslästerungsbescheid hat dieser Tage der deutsche Pfarrertag verhandelt. Ein Pfarrer Schlegel aus Wendisch-Nudholz schlug vor, den § 166 dahin abzuändern:

1. daß nur die öffentliche Beschimpfung unter Strafe gestellt wird; 2. daß die strafbaren Handlungen genau nach ihrem Gegenstand bezeichnet werden; 3. daß von vorläufigen Wobalkensbestimmungen abgesehen wird; 4. daß das öffentliche Interesse (§) allein und deutlich zur Geltung kommt; 5. daß die Strafe im Allgemeinen und namentlich für die nicht aus gemeiner (?) Absicht erfolgten Handlungen gemildert wird; 6. daß die Möglichkeit einer mehrseitigen und wiederholten Prüfung der Lastfrage geschaffen wird.

Das Vorschlags soll von drei Jahren aus in fünf Jahren erst herabgesetzt werden und für die nicht in gemeiner Absicht erfolgten Beschimpfungen“ auch auf Geldstrafe erkannt werden. Pastor Pantuch von Dsnabrad verlangt die völlige Aufhebung des Paragraphen und erklärt, daß die Kirche auf jeden besonderen Religionsdank durch das Strafgesetz verzichten soll. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt.

Es kann niemand wundern, daß der Pfarrertag sich hütete, den ersten Antrag abzulehnen und dem zweiten einmütiglich zuzustimmen. Die Seelenhirten sind außerstande, aus dem Stunbe des Mittelalters sich herauszufinden.

Ein bisher noch unbekannter Brief Miquels gegen die Junker aus der Zeit, als dieser Herr Bürgermeister von Dsnabrad war, wird in der „Nat.-Ztg.“ veröffentlicht. Er ist vom 16. September 1876 datiert, an einen Landwirt aus dem Dsnabrad'schen gerichtet und hat folgenden Wortlaut:

Sie haben mir eine höchst angenehme Ueberraschung bereitet, nicht bloß durch die vorzüglichen Feldarbeiten, für welche ich meinen besten Dank sage, sondern vor allem durch die freundliche Begrüßung vom Lande. Während heutzutage die Reaktion auf die Trennung von Stadt und Land spekuliert und die in unserer Provinz Abzugs viel zu langen und erfasenen Landrente gern wieder in das Schlepptau der Junker brächte, müßten die Liberalen in Stadt und Land zusammenhalten und würden dadurch, wie in der Vergangenheit, so auch in der Zukunft jede junkerliche Reaktion auf Kosten von Bienern und Bauern namentlich machen. Die Junker die vereinten Bürger und Bauern die Befreiung des Bauernstandes, die freiere Gemeindefreiheit in Stadt und Land, die Beseitigung der Steuerfreiheit des Adels und der Privilegien derselben, erklärten wir heute die besten preussischen Reformgesetze, den Provinzialparlamenten, die Einführung der Selbstverwaltung, und wären Träger unserer großen nationalen Entwicklung, welche allein durch die Mittelklassen möglich geworden ist.

Später ist dieser Johannes Miquel Finanzminister und als solcher der untertänigste Diener der Junker geworden. Nach ihm ist das ganze Bürgertum den Junkern zu Füßen gefallen, deshalb fühlt die Arbeiterklasse noch heute ihren Heiligstiel im Nacken.

Ueber die geplante Demonstration zum Empfange Wilhelm II. in London liegt jetzt ein Brief von Parteigenossen der englischen Hauptstadt vor. Aus demselben ist zu entnehmen, daß die Frage der Demonstration unter den dortigen Genossen selbst noch umstritten ist. Die vom Genossen Hyndman gegebene Anregung wird in der sozialistischen Presse Englands von zwei andern Genossen bekämpft.

In der Koblenzer Landbeschwerratsache ist dem „Tag“ zufolge in Caub ein Stationsassistent Weber, ein früherer Bismarckminister der Feldartillerie, festgenommen worden unter dem Verbaht, an dem Landbeswerrat beteiligt zu sein. — Eine ganze Galerie von Patrioten.

Positive Arbeit der Sozialdemokratie.

In der Berliner Stadtkörperschaft-Versammlung haben die Sozialdemokraten beantragt, daß der Magistrat in Gemeinschaft mit den benachbarten Gemeinden zur Erhaltung des Grunewaldes als Volkserholungsstätte mit dem königlichen Forstbureau in weitere Verhandlungen eintreten solle.

Gegen den Mädchenhandel.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Bekanntmachung, betreffend den Beitritt des Deutschen Reiches für die deutschen Schutzgebiete zu dem in Paris am 18. Mai 1901 unterzeichneten Abkommen über Verhaltensmaßregeln zur Gewährung des wirksamen Schutzes gegen den Mädchenhandel.

Stach Stössel — Auropattin.

Hochtägige Blätter melden, daß der Kaiser dem russischen Feldherrn Grafen Knopattin das Großkreuz des Roten Adlerordens verliehen hat. Auropattin ist, was bei dieser Gelegenheit in Erinnerung gebracht sei, der vielberedete Herrfahrer, der von Port Arthur nach dem Jalus über Kailashor, Tschitshitian, Tsanjang bis zum Gungo und Wulden wohl zwanzig Mal rückwärts „geflegt“ hat und dann den ganzen Feldzug verlor. — Ob also die bisherigen Inhaber des Großkreuzes von dem neuen Kollegen sich sehr geschmeichelt fühlen werden — na, das müssen sie ja selber wissen.

Zwei Menschenfischale.

Dieser Tage brachte die bürgerliche Presse mit Behagen die Nachricht, daß zum Umzuge des Hohenrollenprinzgen August Wilhelm, der in Straßburg seinen Studien obliegen soll, sechs Eisenbahnwagen erforderlich gewesen seien. Am gleichen Tage brachte unser Straßburger Parteiblatt die Mitteilung, daß im benachbarten Bismheim eine arme Tagelöhnerfamilie wegen Nichtbezahlers der Miete auf die Straße gestellt wurde. Hieron verhandelte in der bürgerlichen Presse jedoch nichts. Auch über die weitere Tatsache, daß die Frau mit ihren 6 Kindern, von denen das jüngste 6 Monate alt war, vier Tage lang in den Straßen Bismheims umhertrieb und schließlich am vierten Tage der arme Wurm den Einflüssen der Witterung erkaen ist, auch hierüber berichtete die prinzipienbehaftete bürgerliche Presse nicht. — Alle Menschen sind noch christlicher Lehre gleiche Ebenbilder Gottes.

Eine Beeinträchtigung der Sozialdemokratie erhofft die bayerische Regierung von der Errichtung gemeindlicher Kunstwerkstätten, weshalb sie belauscht schon vor längerer Zeit die Stadterverwaltung ermahnt, solche Einrichtungen zu treffen. Sie glaubt, daß damit die Arbeitersekretariate, die sie als Hauptstützen der Sozialdemokratie betrachtet, leicht zu gefährden werden könnten. Die Gemeinden verhalten sich aber dem Verlangen der Regierung gegenüber sehr reserviert, weil die Sache Geld kosten würde, der Staat aber außer seinem guten Rat nichts hergeben will. Deshalb sind diese sozialistischen Einrichtungen noch sehr dünn gefast, und wo sie bestehen, führen sie ein beschwerliches Dasein und werden sie von den Arbeitern kaum beachtet, weil diese zu den Leuten dieser Stellen kein Vertrauen haben und es mit der bloßen Anwesenheitsleistung noch lange nicht getan ist. Denn unsere fanatische Sozialreform und ihre schändliche Handhabung erordert ein lastträgliches Eingreifen für die gemäßigten Beschäftigten. Trotz des Mißerfolges wird die Mahnung von Zeit zu Zeit erneuert, ohne daß es gelang, mehr Gegenliebe als früher zu finden. So hat der Stadtmagistrat Schweinfurt jetzt neuerdings erklärt, daß für eine gemeindliche Kunstwerkstätte kein Bedürfnis vorhanden sei, da jeder, der Anstalt haben wolle, solche namentlich bei den städtischen Beamten haben könne und außerdem sehr viele Arbeiter durch den — Sozialdemokratischen Führer am Orte beraten werden! Diese Erklärung wird der Regierung wenig Freude machen.

Die staatsverhaltende Tätigkeit der Zensur ist im An schluß an das verbotene „Ungewöhnliche“ des Schriftstellers John Lehmann wieder einmal Gegenstand allgemeiner Kritik gewesen. Jetzt wird dazu bekannt, daß das Berliner Verbot sogar jene Personen zur Unterwerfung gezwungen hat, die an dem Volk Staatsgefährliches nicht zu entdecken vermochten. Ein Direktor aus der Provinz — der Breslauer wird nicht genannt sein — schreibt dem Verfasser nämlich: „Ich würde das Sitzen geben, und ich habe mich unter der Hand mit der Zensur ins Benehmen gesetzt, bin aber von dieser gebieten worden, fürs erste von der offiziellen Einreichung abgesehen, um Ihre keine Verlegenheiten zu bereiten. Unter Zensur kann in dem Sinne absolut nichts Staatsgefährliches sein, er müßte sich aber nicht genau in Beziehung auf den Berliner Zensur stellen, da es doch direkt demokratisch ausfallen würde, wenn er hier erlaube, was in Berlin verboten ist. Sie werden sein Verhalten beabsichtigt finden, und auch ich müßte es nicht gern mit ihm verbinden.“

So muß der weitläufige Beamte seine Ueberzeugung fastieren, der Reaktion und einem mittelalterlichen Hopp zuliebe.

Wahrgenommen eines Geistlichen.

Die Regierung in Triest entzog dem katholischen Pfarrer Weber in Schlem, dem nach den Reichstagswahlen schon die Reichskultusinspektion entzogen worden war, nun auch den schulpflichtigen Religionsunterricht.

Die Betriebsentnahmen der preussisch-hessischen Staatsbahnen zeigen, wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt, im Monate August einen Mehreingangs gegenüber dem Vorjahre von zusammen 12,9 Millionen Mark, wovon 4,2 Millionen Mark auf den Personenverkehr, 7,9 Millionen Mark auf den Güterverkehr und 1,4 Millionen Mark auf die sonstigen Einnahmestellen fallen.

Da die Fernreisenden diesmal ihre Rückfahrkarten lösten, sondern im August ein besonderes Willett, ist diese Steigerung erklärlich.

Der Peters-Prozess gegen die „Leipziger Volkszeitung“ findet am 21. September vor dem Schöffengericht in Leipzig statt. Auch der Abg. Rindt hat den früheren Mediziner der „Leipz. Volksz.“ Hermann Müller wegen Beleidigung verklagt.

Ausland.

Auch in Holland wird der Kampf ums Wahlrecht Erfolg sein.

Die jährliche große Demonstration für das allgemeine Wahlrecht fand diesen Sonntag in Rotterdam statt. Sie ist stets im Wachsen begriffen. Waren im vorigen Jahre 660 Vereine durch 9000 Besucher vertreten, so gab es diesmal über 800 Vereine und 14.000 Besucher. Fast sämtliche Gewerkschaften Hollands waren vertreten, ebenso fast sämtliche Sozialorganisationen unserer Partei, Genossenvereine usw. Der der Versammlung, welche auf einem Grzgerplatz stattfand, folgendes Aufzug war bei weitem der größte den Holland je sah: mindestens 20.000 Teilnehmer und mehr als 600 Fahnen. Es dauerte etwa eine Stunde, ehe der Zug vorbei war. Der Eindruck war aberwärtig. Ganz Rotterdam war ausgezogen, um sich die Demonstration anzusehen. Sie hat auch wiederum ein gewaltiges Steigen für die Einführung des allgemeinen Wahlrechts gezeigt.

In der soeben verlesenen Thronrede kündigt die Regierung bereits eine Reform des Wahlrechts an.

Kriegsheer und marokkanische Kulissspiele.

Die französische Regierung schwanzt hin und her und weiß nicht, ob sie gegen Marokko eine größere Armee mobil machen und zur Eroberung des Landes schreiten oder ob sie sich mit der Niederwerfung der wenigen aufständigen Kulisstämme begnügen soll. Clemenceau schreut offenbar vor einem größeren Kolonialkrieg zurück, der in Frankreich höchst unpopulär ist; dagegen drängen zahlreiche einflussreiche Politiker zum Eroberungskrieg. Es sind dies in erster Linie die Abgeordneten Etienne und Moutet und ihre Freunde. Alle diese Leute sind in Wahlkreisen gewählt, in denen die Sozialdemokratie noch keinen starken Einfluß gewonnen und zum Teil auch für längere Zeit keine großen Aussichten auf Erfolg hat. Sie brauchen deshalb für ihre Person die antikolonialistische und antiokeanische Aktion der Sozialisten nicht zu fürchten. Sie bieten ihren ganzen Einfluß auf, um die Mobilisierung einer großen Expeditionsarmee und einen Eroberungskrieg herbeizuführen. Clemenceau, unter dem Druck der von den Sozialisten aufgestellten öffentlichen Meinung, lenkte vor einigen Tagen ein. General Druce, der Oberbefehlshaber der französischen Streitkräfte in Casablanca, mußte an einem diplomatischen Darmleiden erkranken, womit die Regierung ihre militärische Unfähigkeit ankündigte. Aber sofort begannen „Temps“ und „Matin“ in schärferer Tonart von der Regierung zu verlangen, sie solle die „Interessen Frankreichs“ besser wahren. Etienne, der Marineminister Thompson und ihre Hintermänner aus der Geschäftswelt legten alle Hebel in Bewegung und Clemenceau muß nachgeben. Um sie zu befriedigen, mußte der Militärjubiläum in die Liste steigen im Lager vor Casablanca und mußte General Druce der Befehl zum Vormarsch und zur Eroberung Tadmerts gegeben werden. Da muß nun die sozialistische Partei mit aller Macht eingreifen. Sie wird mit der spanischen Bruderpartei zusammen ein Manifest gegen die Marokko- Abenteurer herausgeben und von der nächsten Woche ab in ganz Frankreich Massenemonstrationen gegen den Krieg veranstalten. Allgemein herrscht auch die Meinung, daß es ihrem Einfluß gelingen wird, die Marokkopedition auf die Küstengebiete zu beschränken und einen größeren Krieg zu verhindern.

Zwischen gehen die Quertreiberer der Vertreter Frankreichs und des Deutschen Reiches in Marokko (Regnault und Dr. Rosen) weiter. Beide verfechten in Nordwestafrika viel weniger die Interessen der europäischen Kultur als die des französischen oder des deutschen Kapitalismus und speziell mehrerer großer Firmen. Nun ist es gerade die unerwartete Bewegung dieser Firmen, welche die beiden Diplomaten in Konflikt miteinander gebracht und sie zu allerhand Uebergriffen gegen die Unabhängigkeit des Sultanats getrieben hat. Die brutale Begierde, mit der der Kapitalismus in Marokko die Eingeborenen auszuheben will, hat diese zum Aufstand getrieben. Der Druck des Vertreters Dr. Rosen hat es nun verstanden, die Wut der Marokkaner vorläufig von Deutschland abzulenkten. Dagegen hat Herr Regnault jedes Ansehen in Marokko verloren, so daß die Regierung ernstlich an seine Abberufung denkt. Bereits seit einigen Tagen zirkulieren Gerüchte von seiner Abberufung in Paris. Aber Clemenceau will sich hierzu nur dann entschließen, wenn Blotow ebenfalls Dr. Rosen abberufen wird. Er will dann mit Deutschland zusammen eine etwas weniger brutale Kolonialpolitik in Marokko beschließen. Dr. Rosen hat aber einflussreiche Freunde namentlich in Essen und unter den großen Reedern in Hamburg und Bremen. Auf ihr Verlangen hin wird er noch in Marokko bleiben. Deshalb erklärte auch Clemenceau sofort die Gerüchte von der Abberufung Regnaults für falsch. In Marokko wird aber wie bisher weiter gehaßt werden, zum Schaden der Kultur und zum alleinigen Nutzen einiger Kapitalisten.

Ausschweifende Erntearbeiter.

Einem Telegramm aus N. zufolge sind in Apulien unter den Erntearbeitern erste Unruhen ausgebrochen, weil die Gutsherrn fremde Arbeiter beschäftigt. Fünfzehntausend Landrenten sind in vollem Maße. Sie besetzen die Eingänge zu den Städten und Dörfern. Die Stadt Ruvo ist militärisch besetzt. In Canossa kam es zu einigen Zusammenstößen. Die Landrente verhindern die Arbeiter mehr in die Städte.

Neueste Nachrichten.

Auch in Oberschlesien rühren sich die Bergarbeiter.
Die Belegschaft des Hochtollwerks der „Süd-Nachricht“ trat am Dienstag an den Hütteninspektor Staudinger mit drei Forderungen heran:
1. Aussetzung eines fünften Gehalts für die Aufgeber, soweit diese noch zu arbeiten. 2. Lohnaufhebung und 3. Zuschüssen einer dritten Schicht bei den beschwerlichen Sonntags-Doppelschichten.
Die Intransigenter wurden darin befriedigt, daß ihre Forderungen auf 1/2 bis 1/3 seien. Die Verwaltung habe bereits für einen Olen einen Maximallohn von 4.40 Mark festgesetzt, der auch bei etwaiger Überproduktion die Grenze nach oben, nicht aber die nach unten bilde. Die Arbeiter sind über den erfolglosen Verlauf ihres ersten, dem Verlangen der Verwaltung entsprechend von ihnen persönlich vorgebrachten Gesuchs sehr enttäuscht und sie wandten sich nun an den Verband sozialistischer Arbeitervereine, „Süd-Nachricht“, der bereits für Anfang Oktober eine Versammlung anberaumt hat, um seinerseits die Sache der Hochtollarbeiter, unterstützt von sozialistischen Zechenmaterial, das in der Hochzeitszeit gesammelt wurde, in die Hand zu nehmen.

Neue Steuern bur.ij. Mogelet.

Berlin, 19. September. (S. T. B.) Zur Frage der Vermehrung der Reichseinkünfte erfahren mehrere Blätter, daß der Staatssekretär Freiherr von Stengel grundsätzlich auf dem Standpunkt stehe, in erster Linie zu versuchen, bereits vorhandene, aber „ungerecht verteilte“ und geringe Steuerquellen „durch gerechte Verteilung“ in erstgültige umzuwandeln, ehe man neue Steuerobjekte ins Auge faßt. Man kann annehmen, daß die Vorbereitungen im Reichsfinanzamt sich in dieser Richtung bewegen. Der Bundesrat wird sich im Oktober mit der neuen Vorlage beschäftigen, sobald der Geldbedarf des neuen Reichsbudgets feststeht.
Durch die „gerechtere Verteilung“ soll mehr herausgeholt werden, das ist die Hauptsache.

Kojalen in der Synagoge.

Oberhausen, 19. September. (S. T. B.) Gestern Abend während des Gottesdienstes anläßlich des Verdunstungstages drangen Militär und Polizei in die Synagoge ein und brannten eine vollständige Durchsuchung.
Petersburg, 19. September. (S. T. B.) Es werden immer neue Meldungen bekannt über die Gewaltthaten, die am Dienstag von Mitgliedern des Verbandes der russischen Leute in verschiedenen Städtchen Obdskas begangen wurden. Mitglieder des Verbandes überfielen plötzlich die Juden mit Revolvern und Messern. Ein Säugling wurde auf dem Arm der Mutter von einem „Anarchisten“ getötet; er wurde durch Schläge umgebracht. Ingeheim wurden fünf Juden geblutet und fünfzehnzwanzig verwundet. Die Mitglieder des Verbandes durchzogen in Gruppen von 50 Mann die Stadt und verdrängten trotz der Polizei ihre Greuelthaten. Die Polizei machte schließlich von der Waffe Gebrauch und verhaftete 20 Verbandsmitglieder und stülte die Ruhe wieder her.

Russische Schandjustiz.

Riga, 19. September. (S. T. B.) Gestern Abend sprach das Rigaer Kriegsgericht das Urteil in dem Moskauer-Prozess gegen 63 leitliche Revolutionäre, die im Herbst 1905 eine Reihe von Verbrechen begangen, Beamte und Militärpersonen erschossen, Schiffe gekapert und eingekerkert hatten. 5 Angeklagte waren nicht zu ermitteln, 72 wurden zum Tode, zur Zwangsarbeit auf Lebensdauer, 3 auf 20, 1 auf 8, 13 auf 4 Jahre Zwangsarbeit, 6 zur Aufhebung in Sibirien verurteilt, nur 12 wurden freigesprochen. Selbst die Verteidiger (die doch wohl auf alles gefaßt waren) sind von der Härte des Urteils überrascht.

Moskau, 19. Sept. (S. T. B.) In einem Hotel in Krenbep wurden ein Oberprimar und ein 18-jähriges Mädchen aus Petersburg erschossen aufgefunden.

Dortmund, 19. Sept. (S. T. B.) Auf der Rehe „Voruffia“ verunglückten zwei Bergleute, einer war sofort tot.

Eisenach, 19. September. (S. T. B.) Ein schweres Brandunglück suchte das Akhendorf Schäfershausen heim. Mehrere Häuser sind abgebrannt.

Bonn, 19. September. (S. T. B.) In Bado haben fünfzig hundert zahllose Schüler angegriffen. Die Einwohner verteidigten sich mit Gewehren. Mehrere Personen sind verletzt worden. Zwischen den Ausführenden und den Arbeitgebern ist ein Einverständnis erzielt worden. In Epinalozza sind zwei Personen während der Unruhen getötet worden.

New York, 19. September. (S. T. B.) In Seattle geht das Gerücht, bei einem Schiffbruch bei Bristol seien dreihundert Chinesen ertrunken.

Verens-Kalender.

Gewerkschaftshand.

Donnerstag, den 19. September:
Fassadenputzer. Abends 8 Uhr: Außerordentliche Mitgliederversammlung im Zimmer 1.
Sonntag, den 21. September:
Klempner. Öffentliche Versammlung im Zimmer 2. Vortrag des Genossen Albert.

Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:
Abrechnung der Bezirksführer: Montag, den 23. September, Abends von 8 Uhr ab in den Distriktslokalen.
Distrikt 8 (Oberior).
Freitag, den 20. September, nach der Flugblatt-Verbreitung Abends 8 1/2 Uhr: Zusammenkunft der Mitglieder im Distriktslokal, Mehlgasse 32/34. Jeder Bezirksführer hat die Pflicht zu erscheinen.
Land-Distrikt 1.
Bezirk Dömitz. Freitag, den 20. September: Zusammenkunft sämtlicher organisierter Arbeiter bei Knabe.

Verantwortliche Redakteur: Gustav Wolff. — Redaktion und Expedition: Kurt Graupnerstraße 36. — Verlag von Oskar Schöde. — Druck von Th. Schöde & Co. in Breslau. — Jährlich in Breslau. — Preis 2 Bogen.

Wie empfehlen an heute eingetroffenen Waggonladung prachvoller C. Lags mit 18 Pfg. per Pfd.
D. D.-F.-G. Nordsee
Schmiedstraße No. 19 u. Stadthausgasse.

Tiefste Preise.

billige Preise.

Tiefste Preise.

billige Preise.

Tiefste Preise.

billige Preise.

Tiefste Preise.

Ein neuer Konflikt ist zwischen Persien und der Türkei entstanden. Vor swanzig Jahren war nicht heimlich festgesetzt worden, ob Länder aus der Ehe zwischen einer Perle und einer Ärtin militärpflichtig sind. Die persische Volksgeschichte ist lebendig mit der Feste eine einjährige Frist vereinbart, sowie daß, wenn inwischen keine Verständigung erfolgen sollte, die missansons mediatioss (Vermittlungsbüro) die Krone entscheiden sollen. Militärisch hat jedoch der erste Grenzbefehl, welcher soeben Parlementspräsident geworden ist, auf der Rückkehr von einer Pilgerfahrt in Bagdad gestellt und eine Anfrage der dortigen Perser, ob ihre Kinder türkische Militärpflichtigen seien, voreinnehmend beantwortet, wobei er eine abfprechende und dankschuldige Bemerkung über die Türkei gemacht haben soll. Daraufhin befahl der Sultan, daß alle persischen Kinder militärpflichtig seien. Der persische Volksgeschichte hat dagegen bei der Türkei Protest erhoben. Derzeit geht das bequämdte Gerücht, daß die Türkei mehr als 150 Dörfer militärisch besetzt haben.

Neue Enthüllungen über die Truff-Korruption. Ein Telegramm aus New York meldet: Das Bundesgericht beschäftigte sich mit der Klage der Regierung gegen die Standard Oil Company von New-Yersey auf Entziehung der Konzession, wobei Aufsehen erregende Enthüllungen zutage kommen. Bei der Vernehmung der Kontrollenrs Fay von der verklagten Gesellschaft wurde festgestellt, daß von den 10,000 Aktien der Standard Oil Company von Indiana, die kürzlich zu einer Geldbuße von 29 Millionen Dollars verurteilt wurde, sich 9990 Aktien im Besitz der New-Yersey-Gesellschaft befinden. Der Zeuge erklärte ferner unter seinem Eid, daß das Gesamtvermögen der Gesellschaft von rund 200 Millionen Dollars, 1899 auf 371 Millionen Dollars gestiegen und in diesem Zeitraum ein Gesamtgewinn von 400 Millionen Dollars erzielt worden sei, von welcher Summe die Höhe von 263 Millionen Dollars gezahlt worden seien.

Kleine Auslandsnachrichten.

Aus Blois wird berichtet, daß 80 Ursulinerinnen in Anwendung des Vereinsgesetzes ausgewiesen worden sind. Die Ausweisung erfolgte ohne jeden Zwischenfall. Mehrere hundert Personen geleiteten dieselben zum Bahnhof. — Aus Pau wird gemeldet: Der Luftschiff-Walago in Paris unternahm mit seinem selbstverwendeten Luftschiff den besten Aufstieg. Die verschiedenen Wandler gelangten vollständig. Die Geschwindigkeit des Fahrzeuges betrug 10 Meter in der Sekunde.

Sozialdemokratischer Partitag.

(Schluß der Rede aus der zweiten Beilage.)
Das natürliche Bündnis ist, daß Zentrum und Konservativen zusammen gehören. Schon jetzt steht eine Reihe Konservativer dem Volk misstrauisch gegenüber und lehnt rasch nach dem Bündnis mit den schwarzen Wäldern. Da wundert man sich über Spahn's Föhlenswissenschaft und läßt die Köpfe trübselig hängen. Wo soll das hinaus? Was hat das zu bedeuten? Aber hat man denn geschlafen. Das Zentrum wird nicht oppositionell bleiben. Es sagt schon jetzt: Habt Gnade mit uns! Wir wollen alle Stunden doppelt um machen! Die Leute wollen wieder an die Futterkrippe. Herr Spahn gehört ja auch zu den Begünstigten. Ihm behagt die Oppositionstellung nicht. Wie manche Frau eines Zentrumsabgeordneten mög ihrem Mann Gardinenpredigten gehalten haben wegen der Opposition. Herr Spahn ist Oberlandesgerichtspräsident in Kiel. Da wohnt Prinz Heinrich, da spricht man nur von der schönen Flotte und ihrer Vergrößerung. Da müßte Spahn ja Watte in den Ohren haben, wenn er das alles nicht gehört hätte. (Weiterer Applaus und Zustimmung.) Jetzt macht er keine Wissenschaft aus und wenn der Block in die Brüche geht, dann kann Herr von Bülow sein Köpfchen packen.

Die Juden haben keinen Schaden davon. Sie wissen sich das Hauptstück aus der Schüssel zu nehmen. Vor ihnen habe ich Meinetz; sie sind Männer. Sie sagen: Die Minister können uns sonst was, und Herr v. Dieft-Daber hebt dabei seine Frackschleife in die Höhe. (Weiterer Applaus.) Aber der Freisinn! Sie wüssten vor dem Fürstenthron und überstieten sich in Logikalität. Wenn der Kaiser darüber nicht gelacht hat, mußte er zu Tränen gerührt sein. (Stärkerer Applaus.) Wenn die Fortschrittler, Bieglers und Walders ihre Epigonen jähren, so möchten sie sich wohl in Grabe umdrehen. Die Liberalen haben nichts mehr mit dem Volke zu tun. Schon vor 40 Jahren hat man die Förderung eines allgemeinen Stimmrechts einer Deputation der allgemeinen Arbeiterversammlung in Leipzig abgeschlossen. Auch heute denken die Liberalen an

Keinen ernsthaften Kampf für das Wahlrecht in Preußen.
Auf ihrem Parteitag in Berlin haben sie beschlossen, „so wie bisher“ mit altem Nachdruck für die Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Preußen zu kämpfen. Wenn „so wie bisher“ in Preußen für das allgemeine Wahlrecht weiter gekämpft wird, dann bekommen wir es nie. Wir müßten leben, daß wir die Liberalen und die katholischen Arbeiter auf unsere Seite bekommen; denn auch das Zentrum ist in Sachen der Wahlrechtsfrage nicht sicher. In Bayern und Baden, wo es ihnen Vorteil bringt, ist es für das allgemeine Wahlrecht, in Württemberg aber und Preußen, wo es Schaden davon haben könnte, ist es der schärfste Gegner des allgemeinen Wahlrechts. Wir müssen Tag und Nacht auf dem Posten sein. Die letzten Wahlen haben die Welt glauben gemacht, daß Herz der internationalen Sozialdemokratie sei tödlich verwundet.

Aber die Herren haben sich zu früh geerret. Wir fühlen uns nicht geschlagen und nicht besiegt. Vorkünftig braucht Herr von Bülow den Block noch. Wir brauchen Unterseeboote, neue Panzerkreuzer, und nun auch Luftschiffe. (Weiterer Applaus.) Der Krieg wird in Zukunft auf dem Wasser, im Wasser, unter Wasser, in der Luft und auf dem Lande geführt werden, das wird sicher eine lustige Geschichte. (Weiterer Applaus.) Aber Geldmittel sind notwendig, und die herrschenden Klassen sträuben sich gegen eine Reichsreform. Die Massen werden also wieder bluten müssen. Deshalb müssen wir also Tag und Nacht auf dem Posten sein. Auch die internationale Lage ist trotz aller Fühlensweiche und trotz der Paquer-Konjunktur gespannter als je. Jedenfalls werden uns schwere Aufgaben bevor, aber wir werden vorwärts kommen, wenn wir alle unsere Schulden auf ihn. Wir sind die Kommenden.

Uns gehört die Zukunft.

An die Arbeit, Parteigenossen, dann ist der Sieg sicher trotz alledem und alledem! (Beifall und Händeklatschen.)
Der Vorsitzende Singer teilt dann mit, daß von dem englischen Parteigenossen Quersch, der beim internationalen Sozialistenkongress aus Stuttgart ausgewiesen worden war, ein Telegramm mit den besten Grüßen eingetroffen sei.
Darauf werden die Verhandlungen auf morgen, Donnerstag, früh vertagt.

Aus Schlesien und Posen.

—P. Liegnitz, 19. September. Ueber den Kampf im hiesigen Brauereigewerbe bringen die Lokalblätter übereinstimmende Berichte, die geizt sind, die Brauereiarbeiter in ihrer Ehre schiner zu verlegen. Da wird gesagt, daß die Arbeiter auf Veranlassung des Verbandes die Arbeit niederkgelegt hätten, ohne noch vorher mit der Brauerei selbst verhandelt zu haben.

Wenigstens wird behauptet, daß die Frist, die der Zentralverband festgesetzt hatte, um die Verhandlungen über den eingereichten Tarif einzuleiten, zu kurz gewesen sei. Um das Vorgehen der Brauereiarbeiter verständlich zu machen, müssen wir die ganze Entwicklung der Angelegenheit kurz skizzieren. Vor zwei Jahren hatten die hiesigen Brauer und Brauereiarbeiter, die im Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter organisiert sind, mit den hiesigen Brauereien einen Tarif abgeschlossen, der am 30. September d. J. abläuft. Der Tarif ist seiner Zeit von der Brauereien und der Brauereiarbeiter vereinbart worden. Von jenen wurde der Tarif ebenfalls gestillt, ohne daß eine Neuregelung desselben in Aussicht gestellt wurde. Die Arbeiter kritisierten daher, daß man die Brauereien, den Tarif überhaupt fallen zu lassen, um die Löhne und die anderen Verhältnisse nach freier Uebereinkunft mit ihren Arbeitern regeln zu können. Der Zentralverband unterbreitete aus diesem Grunde den Brauereien einen neuen Tarif und zeigte gleichzeitig an, daß man vom Montag ab bereit sei, in Unterhandlungen über den neuen Tarif einzutreten. Hieran erhielt der Zentralverband in Breslau die Nachricht, daß man mit der Verbandsektion nicht zu unterhandeln gedenke, sondern daß die Unterhandlungen mit den im Betriebe beschäftigten Arbeitern gepflogen werden sollen. Zu einer Aussprache sei man am künftigen Donnerstag bereit. Der Zentralverband, der hierin letztlich eine Verschleppung erblickte, wurde zunächst in der Brauerei-Commune persönlich vorgeföhrt, erhielt aber dort dieselbe Auskunft: man sei nicht gewillt, mit dem Zentralverband zu unterhandeln. Die für Donnerstag zugesagte Zusammenkunft sollte nur eine unverbindliche Aussprache sein, über die Neuregelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse werde man nur mit den eigenen Arbeitern unterhandeln. Als der Zentralverband erfuhr, daß dem Direktorium einmal Rücksprache nehmen zu wollen, wurde ihm von diesem der Bescheid, am Donnerstag werde man ihn zu einer Aussprache zulassen: im übrigen ersuchte man ihn, das Kontor zu verlassen. Auf dieses brüste Verhalten der Direktion hin stellten die sämtlichen Brauereiarbeiter die Arbeit ein. In den beiden anderen Brauereien, bei Zimmer und bei Schlobbrauerei, haben am Mittwoch und Freitag die Arbeiter ebenfalls die Arbeit eingestellt, da auch die Direktoren dieser Brauereien keine anderen Erklärungen abgeben konnten. Da am künftigen Montag die Reserven entlassen werden, liegt es auf der Hand, daß die Brauereien lediglich eine Verschleppung bezwecken, um dann die Organisation zerbrechen zu können. Es handelt sich bei diesem Kampf um einen Prinzipienkampf um die Anerkennung der Organisation, und wenn hier die Arbeiter eine sich bietende günstige Gelegenheit ausnützen, so ist das ihr gutes Recht.

Die Liegnitzer organisierte Arbeiterschaft wird sich der 26 ausständigen Brauereiarbeiter annehmen und in einer demnächst stattfindenden öffentlichen Versammlung die wahren Tatsachen in diesem Lohnkampf der Liegnitzer Bürgererschaft unterbreiten.

Liegnitz, 18. Sept. Der Tod auf den Schienen beim Ueberqueren der Straße wurde kurz vor Station Birkeln durch von dem Breslau-Beckener Personenzug ein 17-jähriger Mann erlitten und getötet. Die Persönlichkeit des Toten ist noch nicht festgestellt.

Posen, 18. September. Die Falscher der Reichskassenscheine über 20 Mark, die in der letzten Zeit in Strahlung l. E. wie in anderen deutschen Städten kursierten, wurden entdeckt. Ein Geschäftsmann bemerkte den Schwindel so rechtzeitig, daß der Betrugsgäber, ein Kaufmann Walter Strauß aus Posen, verhaftet werden konnte. Der Bruder des Strauß wurde in Posen festgenommen.

Kleine provinzielle Nachrichten.

In der Nähe von Glas wird demnächst eine Zweiganleitung der Kongregation des heiligen Franz von Sales, genannt Salesianer von Trojes, errichtet, entsprechend einem Ministerialerlass vom Juni; damit erhält die Gröschkraft Glas ihre erste Ordensniederlassung. — Ein 12-jähriger Knabe namens Kehonant wurde dabei ertränkt, wie er im Stadteise Klimawiese (Königsbühne) brennende Streichhölzer in einen Stabenbrüchle der Post warf. Hierbei wurde ein Teil der inliegenden Briefe vom Feuer zerfrisst. — Aus Antonienhütte wird telegraphisch gemeldet: Am 17. sind zwei am 18. d. M. ein neuer Typhus-Erkrankungsfall vorgekommen. Die Gesamtzahl der Erkrankungen beträgt 83. — Der Parteitag des schlesischen Zentrums findet am Dienstag, den 22., und Mittwoch, den 23. Oktober in Gleitsitz statt.

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

* **Achtung, Bauarbeiter!** Die Bauarbeiter-Ausschließung, welche von der Baubereichs-Schnelkommission errichtet worden ist, wird von den Mitgliedern unseres Verbandes am Sonntag, den 22. d. Mts., von 10-1 Uhr besucht. Wir ermahnen alle interessierten Kollegen, sich zugleich an dem Besuch zu beteiligen und sich zu oben angegebener Zeit im Ausschließungsort (Nebenraum der Breslauer Feuerweh) Zwingerstraße Nr. 14 einzufinden. Verwaltung Breslau.

* **Eine öffentliche Klempner-Versammlung** findet Sonntag abends 8 Uhr, im Zimmer Nr. 2 des Gewerkschaftshauses statt. Genosse Albert spricht über die Bedeutung der Politik und die politische Betätigung für die Arbeiter. Näherer Diskussions.

* **Achtung! Zimmerer!** Der Zahlabend fällt am nächsten Sonnabend des Stiftungsfestes wegen aus.

Theater, Konzerte und Vergnügungen.

* **Victoria-Theater.** (Simmerauer Garten.) Die zweite Hälfte des Eröffnungsschauspiels der Winter-Saison weist einen großen Teil von guten Spezialitäten auf. Arabisch, Orlang und Tang wechseln in wunderbarer Reihenfolge. Den Reigen eröffnen olympische Spiele. Ihnen folgt die Souveräne Welle, die nur auf Vollkommenen produziert sich Brothers Parfen und ernten mit der Komik ihrer Darstellern viel Beifall. Ein Trampolin-Akt von Plua und Cooke dagegen wirkt zum Teil gerade nicht annehmend auf Auge und Ohr. Mit dressierten Affen, die sich als Handstandsflieger, fliegende Männer, Salkomortale-Springer, Tänzer usw. produzieren, variet Ebe Brianos auf, während ein aus zwei Damen und einem Herrn bestehendes Terzett orientalische Tänze aufführt. Unkritisch die hervorragende Nummer des Abends ist die aus sechs Personen bestehende Faaros-Gruppe. Elite-Akrobaten begehen sie sich mit Redi, denn sie arbeiten mit einer Sicherheit und Eleganz, die auf ein langes, thätiges Training schließen lassen. Jeder Salto, selbst der schwierigste Doppel-Salto fließt und klappt, und alles wird in vorzüglicher Haltung ausgeführt, daß es eine Freude ist, ihnen zuzusehen. Daß das Publikum diesen Leistungen den wohlverdienten Beifall nicht versagt, braucht nicht erwähnt zu werden. Für den Humor sorgt Neesemann, ein von früher her bekannter Humorist. Mit seiner Satire auf die Heuger Friedenskonferenz, bei welcher der übliche letzte patriotische Gedicht selbstverständlich nicht fehlt, werden die Zuschauer der Festsere gerührt, wie dies auch bei den anderen von ihm vorgelegenen Sachen geschieht. Im Reich des Wadens führt die Befehrer Miß Gertz mit ihrem phantastischen „Gottensanber“. Mit Scherz und Satire werden zahlreiche Fadenstücke auf die Köpfe angebracht, die einmal einen Meerestier, dann wieder Schmetterlinge, Spinnen, Wandler usw. darstellen. Ein mit altem Raffinement der elektrischen Farbbelichtung ansehender Speper-Lanz beschließt diese Nummer. Die tolle Wämann Der grüne Tentel, die auf ausgiebig, wurde und Wolff-Balke beschließen das Programm. Das Orchester unter Leitung von Knabe war seiner Aufgabe voll gewachsen. Das Ende war sehr gut.

Stadt-Theater.

Donnerstag:
"Die lustigen Weiber von Windsor".
Freitag:
"Rabale und Liebe".
Sonnabend:
"Carmen."

Lobe-Theater.

Donnerstag:
"Die lustige Witwe".
Freitag:
"Die lustige Witwe".
Sonnabend:
"Sufarenfieber".

Volksvorstellung im Thalia-Theater.

Donnerstag:
Gruppe A. 2. Vorstellung
"Alein Cholf".
Freitag:
Gruppe B. 2. Vorstellung
"Alein Cholf".

Schauspielhaus

Donnerstag, 8 Uhr:
"Florette und Batou".
Freitag, 8 Uhr:
"Florette und Batou".

Liebichs

Etablissement.
Das gänzlich neue
September-Programm
11 Schlager 11.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Circus Henry

Donnerstag, 19. September
abends 8 Uhr:

Gala-Dank- und Abschiedsvorstellung.

Bei meiner Schicksalstrafe
der gesamten Künstlerwelt in ihrer
Stadterhebung!

Danksagung.

Bei meinem Schicksal von Breslau
kann ich nicht umhin, den hochgeachteten
Bürgern von Breslau und Um-
gegend für die mir in so reichlicher
Weise gewährtene Unterstützung
meinen herzlichsten Dank auszusprechen.

Auch einer hochverehrlichen Debitore
erlaube ich mir für das freundliche
Gegensprechen, sowie auch der Presse,
die durch ihr gerechtes Urteil viel zu
meinem Erlöse beigetragen, meinen
ergeblichsten Dank hiermit darzubringen.

Allen nochmals vielen Dank und
Auf frohes Wiedersehen!

Henry Koschke,
Direktor und Eigentümer
des Circus Henry.

Wilhelmsburg.

Heute Donnerstag:
Tanzkränzchen
Polonaise
u. Statistikervertellung

Sagan.
Sonntag, den 22. September 1907, nachmittags 4 Uhr,
findet im Hermanns Saal in Polnisch-Bunzlau ein

Familienkränzchen

des Sozialvereins Sagan findet, und wird die Anwesenheit hauptsächlich die
Streichen, nicht, reichlich zu erweisen, indem diese Zusammenkunft den Zweck
haben soll, die Solidarität unter den Geschlechtern mehr zu fördern.

Lohnende Vertretung

zu vergebende, schätzbare Herren zu vergeben. Gef.
Offerten erbiten sub Chiffre R. N. 20, Exp. d. Stg.

Bekanntmachung!

Mein Geschäft befindet sich an der
Paulstraße, Schicksalstrasse Nr. 100 übernommen habe.
Da ich derzeit keine Zeit habe, um alle meine
Sachen, die ich in meine Geschäfte und Güter übertragen
Franz Gröschel.

Victoria-Theater

(Simmentaler Garten).
Täglich:
Grosse
Spezialitäten-
Vorstellung.
Wend an Wochentagen gültig.

Cabaret "Folies Bergere"

(Palast-Restaurant).
4305 Nur
erstklassige Künstler.
Täglich 9 1/2 - 1 Uhr.
Aufführung: Singsänger-Ensemble.

Seitendorf.

Mittwoch, den 25. September 1907:
Gr. Kaffee mit Tanz
wozu ergebnislos einladet
Heinrich Kunze.

Chauffeur

ständig und fahndig für Kraftfahrzeuge
geholt. Müller, Rindorfstr. 102,
Gartenhaus I.

Suche 2 Schmiede, 3 Schlosser
und 1 Gelbsteher
für dauernde Arbeit

C. Grätzmacher,
Salzwe 59 b. Hattowil.

Kasennäher. I. f. m. Reibengasse 7,
IV. Etg., rechts.

Wohnungen für 15-30 Mk.
zu vermieten.
Dierichstraße 81, am Lindbaum.

Zur gefl. Beachtung!
An alle gutdenk. Handwerker, Arbeiter
u. Handwerker empfehle mein großes Lager
von geb. bill. gut u. neuen Möbeln. 4540
Friedrichstraße 66, am Lousenplatz.

Speisekartoffeln
5 (Mag. bounn), 5 Liter 20 Pfg. bei
Lassmann, Fischergasse 7.

Gebrauchte Möbel,
Betten, Wäsche, Kleidungsstücke, Fahrräder,
Werkzeuge kann man allerbilligst
Königsplatz 13, I. Etage, Papststr.

Ich kaufe gebrauchte Möbel,
Fahrräder, Hobel-
bänke, Werkzeuge geg. sol. Zahlung. [4540]
Wahlstr. Garrenstraße 32.

F. Paul, Friedr.-Wilhelmstr. 9
erfreut, um zu räumen,
Neuheiten in Herrenhüten,
Pelzwaren und Mützen
zu billigen Preisen
nur Friedrich-Wilhelmstraße 9.

Möbel Spiegel.
Polsterwaren
in eigener Werkstatt von nur besten
Materialien gefertigt.
Kein Abzahlungs-Geschäft
gewährt aber gern Teilzahlung.
Preise enorm billig.

Blüschgarantur . . . 100 Mk.
Salonstisch . . . 18
Schemen mit Aufschlaf . . . 60
Sofa . . . 60
Bettsofa . . . 45
Stühle mit Sitzkissen und
Rückenlehne . . . 35
Tische in guter Holz . . . 30
Sesseltische mit Watte . . . 35
Rohrstuhl mit hoher Lehne . . . 4

Spezialer, Tücher, Ahren
und sonst. and. Ausstattungsgegenstände nur bei
F. Pauer, Sandstr. 5.

Die Polstermöbel wie sie in
von Otto Kätzle
Preis 30 Pfg.
Zu beziehen durch die Expedition
und Kelporzere.

Breslauer Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße 17.

Sonnabend, den 21. September 1907:
24. Stiftungs-Fest

Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands
(Zahlstelle Breslau)
bestehend aus **Tanz und gesanglichen Vorträgen**
des **M.-G.-B. Breslauer Zimmerer, gen. „Eichertafel“.**
Um 12 Uhr: Blumenparade.
Eintritt im Vorverkauf: Herr mit Dame 60 Pfg., einzelne Dame 25 Pfg., an der
Kasse: Herr mit Dame 75 Pfg., einzelne Dame 30 Pfg.
Eintritt 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Ende 11 1/2
Gäste sind willkommen. Der Vorstand.

E. Milde's Etablissement, Gräbchen-
Strasse 74.
Sonnabend, den 21. September 1907.
Grosse humor. Soirée

veranstaltet vom **Quartett-Verein der Köpfer „Humanität“**,
Mitgliedschaft des Arbeiter-Sängerbundes, unter Leitung seines
Dirigenten Herrn Krause. **Eintritt: TANZ.**
Einschleifen für Herren à 50 Pfg., für Damen à 25 Pfg.
Programme im Vorverkauf 30 Pfg.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.
Es ladet ergebenst ein. Der Vorstand.

Gelegenheitskauf billiger Möbel.

einzelne Stücke wie auch ganze Aus-
stattungen in Neuhaus und imt. Küchen-
Möbel, neu und gebraucht, sind zu verk.
Carlestraße 15 II.

Gut und billig
kaufen Sie bei
Schulz & Liebich
Inh.: Paul Liebich - 4338
Spezial-Geschäft für
Futterstoffe - Schneiderartikel
Westenstoffe - Militär-Effekten
Schuhbrücke 8, vis-à-vis Gebr. Barzsch.

Höft-Kaffee's
verfügt im Geschäft, Pfd. 90, 100, 120
Zucker-Kaffee Pfd. 20 Pfg.
Kaffee, rein . . . 130
Eimbeer-Kaffee . . . 35
Sonnig-Kaffee . . . 25
Zucker-Kaffee . . . 15
Tafel-Kaffee . . . 15
Obg. Seife . . . 24
Breslauer Korn. Liter 50

Th. Giersdorf, Blücher-
straße 21.
Hilfen: Endstr. 9, Reithausstr. 185,
Strehlstr., Edelebendamm und Weinstr. 85.

Ein Versuch!
im großen
**Möbel- u. Aus-
stattungs-Geschäft**
von [4524]
S. Osswald
Breslau
wird Sie überzeugen, daß
Sie sich an die richtige
Quelle gewandt.
Sämtliche Artikel in großer
Auswahl auf
Kredit
bei günstigen
Zahlungs-Bedingungen.
Albrechtsstrasse 6, Ecke
Schuhbrücke
1, 2. u. 3. Etg. ge. Eingang
Schuhbrücke.

Sonntag, den 22. d. Mts., vorm. 11 Uhr

findet im kleinen Saal bei Herrn Milde, Gräbchenstr. 74, die
General-Versammlung

der Begräbniszufuhrkassa,
bei der Herr Milde, Gräbchenstr. 74, die
Tages-Ordnung wird sofort bekannt gegeben. Um zahlreiches und pünkt-
liches Erscheinen ersucht
4542 Der Vorstand.

Konsumverein für Gottesberg und Umgegend

Sonntag, den 29. September 1907, nachm. 1 1/2 Uhr
bei **Wildmann, Güter-Wellhammer:**
General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Geschäftsbericht des Vorstandes.
2. Bericht des Aufsichtsrats, Genehmigung der Bilanz und Be-
schlußfassung über Verteilung des Reingewinns.
3. Genehmigung einer Erweiterung.
4. Ergänzungswahlen für Vorstand und Aufsichtsratsmitglieder.
5. Allgemeines.
6. Anträge.
Beir. Anträge siehe S. 29.
Nichtmitglieder haben keinen Zutritt.
Der Aufsichtsrat: **W. Krebs**, Vorsitzender.

Boss,
prakt. Zahn-Drzt.
Str.: Gartenstr. 1 Breslau Gartenstr. 1
Ecke Gräbchenstraße am Sonnenplatz.
Nur naturreiner Zahneis (speziell ohne Gummipolier) in
künstlerischer Ausführung unter voller Garantie für tadellosen
Erg. Brauchbarkeit und Haltbarkeit.
Tabelle für die einzelnen Hilfsleistungen:
Zahnziehen 1.-
Nerventötung 1.-
Zahnreinigung 1.-
Schmerzloses Zahnziehen
mit lokaler Betäubung . . . 1.50
Zementfüllungen 1.-
Amalgamfüllungen 2.-
Goldamalgamfüllungen . . . 3.-
Plast. Porzellanfüllungen M. 3.-
Wurzelfüllungen und
Behandlung 1.-
Künstlicher Zahnersatz
pro Zahn von Mark 2.- an
Zahnziehen in Narkose
unter Leitung eines
approbierten Arztes M. 10.-
Spezialität: **Stiftzähne, Kronen, Brücken,**
Künstlicher Ersatz ohne Gummien.
Goldgebisse nach Vereinbarung.
Umarbeitung schlecht pass. Gebisse zu sehr mäßigen Preisen.
Auswärtige sofort!
Untersuchung des Mundes kostenlos. 4558

Der Ruf, den Jasmatzki-Cigaretten
erworben haben, gründet sich auf
ihre vorzüglichen Eigenschaften
und der Tatsache, dass wirkliche
Kenner in ihnen die preiswertesten
türkischen Cigaretten erblicken.

JASMATZKI
CIGARETTEN

sind: zweifellos die beliebtesten
Cigaretten bei denjenigen Rauchern,
welche gute Qualitäten zu würdigen
verstehen.

Jasmatzki-Pol	1 Pfg.
Jasmatzki-Lucca	1 "
Jasmatzki-Uncas	2 "
Jasmatzki-Rillan	3 "
Jasmatzki-Ramses	3 "
Jasmatzki-Pteo	4-25 "

Georg A. Jasmatzki A.-G., Dresden,
Grösste Deutsche Cigarettenfabrik.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Essen, den 17. September 1907.

2. Verhandlungstag. Fortsetzung der Vormittagssitzung.

Gewehr-Essen stellt zahlreiche Begrüßungsdelegierte von Bergarbeitern aus Angermünde, Damborn, Saaravien und vom Genossen zu beil. Teltow-Berlin mit. Dann teilt er Stolte-Damburg das Wort zum Bericht der Mandatprüfungskommission.

Anwesend sind 268 Delegierte, 18 Reichstagsabgeordnete ohne Mandat, 2 Gäste, 1 Vertreter der „Vorwärts“-Redaktion, des Hamburger Parteigeschäfts, des „Wahren Jakob“.

Alle Mandate werden ohne Debatte für gültig erklärt. Die Debatte über den Bericht der Reichstagsfraktion.

den, wie mitteilt, Sidelius erstattet, wird fortgesetzt. Esharping-Greifenhagen-Randow schildert die Wahlschwierigkeiten in Pommern mit Hilfe der Abstimmungskontrolle durch Suppen-erinnen und Bioarrenschaften und bittet die Fraktion, erneut für Sicherung des Wahlgeheimnisses einzutreten.

Dr. Kensch-Weizig: Ich habe Ihnen bereits dargestellt, daß in der Gegenwart irgend eine Gefahr für das nationale Bestehen Deutschlands nicht besteht. Nur im Hinblick auf spezielle Gefahren hat aber früher die Sozialdemokratie ihre Vereinstätigkeit zum Kriege erklärt...

Wegner-Bismarck: Ich neige gewiß nicht zum Anarchismus, aber ich kann doch nicht zugeben, daß man nicht auch agitatorischen Gründen bei jeder politischen und unpolitischen Partei vorzuziehen haben halten müßte und erzählt, daß wir gern die Front auf den Krieg nehmen werden.

Schmann-Wiesbaden: Ich hatte schon während Noskes Rede im Reichstage den Eindruck, daß er in seinem Bewußtsein, die Ungefährlichkeit der deutschen Sozialdemokratie zu schillern, sich doch im Unsdruk vergriffen hat und zu weit gegangen ist.

Mirich-Offenbach: Robin man schließlich mit einer jetzt in der Partei üblichen Art der Kritik kommt, zeigt der Antrag Kiel. Die Fraktion, so verlanet er, soll entscheiden zwischen Befähigten und Nichtbefähigten, soll Genossen zweiter Klasse schaffen.

Weichmann-Karlruhe: Nachdem ich gestern (nach Eberls Worten) einen sehr unbescheidenen Antrag gestellt habe, will ich heute ganz bescheidene Vorschläge machen. (Beifall.) Bei der höchsten Bedeutung der Kolonialfrage möge die Fraktion sich einen kolonialen Beirat geben...

Breuer-Kiel empfiehlt den Antrag Kiel zur Annahme. Man könnte doch nicht jede Kritik verbieten, um Streit und Wirre zu vermeiden. (Sehr wahr!) Noch nie habe ein Sozialdemokrat im Reichstage so prononziert militaristisch gesprochen wie Noske.

Hartmann-Kottbuser bittet erneut die Partei, dafür zu wirken, daß der Bergarbeiterstand wieder zu Ehren komme. Dann werde die ganze Welt erkennen, daß nur die Sozialdemokratie für die Freiheit und die Menschenrechte eintritt. (Beifall.)

Wannich-Berlin bittet, die Fraktion und den Parteivorstand nicht durch Beschlässe binden zu wollen, die, wie er nachweist, im einzelnen vielleicht doch nicht ausführbar seien. Alle Anträge würden Material für die Fraktion sein.

Rebebour-Berlin hält den Antrag Kiel für eine Selbstverständlichkeit. Selbstverständlich sucht sich die Fraktion in jeder Frage den gerinnlichsten Weg aus. Noske sei gar nicht Fraktionsredner gewesen, sondern habe nur von seinem Rechte als sozialdemokratischer Abgeordneter Gebrauch gemacht, sich zu Worte zu melden.

Stadthagen-Berlin: Ich bin erkant über die Absicht, die freie Kritik an der Reichstagsfraktion einzuschränken. Ich freue mich als Reichstagsabgeordneter über das zustimmende oder tadelnde Wort in unserer Tätigkeit; denn nur bei reger Kritik ist die Fraktion in der Pflicht der Gesamtpartei zu vertreten.

Woske-Chemnitz: Unter dem feischen Eindruck meiner Rede im Reichstage hat keiner der Kollegen an ihr Kritik geübt. Dafür kann ich mich aber auf anerkennende Worte unserer bedienten und angesehensten Führer berufen. Wenn sie sich jetzt nicht verpflichtet fühlen, mich zu beden, so ist das ihre Sache.

Leuter-Apolda: Noske hätte wenigstens nachher den Anlegungen der bürgerlichen Presse entgegenzutreten müssen. Oder fühlte er sich vielleicht von der Liebe des Gegners geschmeichelt oder war er verwirrt und der Situation nicht mehr gewachsen.

Liedtnecht-Potsdam: Ich bin kein Freund der Spitzkritik, aber Noskes ganze Rede in ihrem ganzen Zusammenhang war auf den Ton des Regierereins gestimmt, aber nicht auf den des Sozialdemokraten. (Beifall.) Immer wieder betont er, offenbar drünnert von dem Anfall der Reichstagswahlen und fortgerissen von dem nationalistischen Wahn, die Notwendigkeit und unseren Wunsch, die Wehrhaftigkeit des Volkes zu erhalten, sogar bei der Frage der Beschränkung der Militärkapellen.

Dr. David-Mainz: Ich freue mich, daß jetzt gerade Stadthagen, der uns einst rief, mit anderen kritischen Bedenken ins stille Kämmerlein zu gehen, nun für die Freiheit der Kritik eintritt. (Stadthagen: Ich bitte ums Wort!) — Große Heiterkeit! — für die „Leipziger Volkszeitung“. Auch das ist ein Zeichen der Zeit. In der Fraktion und in der Parteipresse fand Noskes Rede zunächst keinen Widerspruch, erst die „Leipziger Volkszeitung“ hat ihnen allen ein Licht aufgesteckt.

teilt Deutschlands meeren wir gegen den, der sie selbst anfallen wollte stets verteidigen. (Beifall.) Die weitere Debatte wird auf die Nachmittagsitzung verlegt.

Nachmittagsitzung. Die Nachmittagsitzung eröffnet um 3 Uhr Gemoll-Essen. Begrüßungsdelegierte sind eingegangen von der holländischen und ungarländischen Waidpartei. (Bravo!) In der fortgesetzten Diskussion über den parlamentarischen Bericht erhält das Wort

Gonrath-Nahe: Die Hauptfrage der Diskussion dreht sich nicht mehr allein um den Genossen Noske, sondern um die ganze Politik der Reichstagsfraktion, ob sie opportunistisch oder prinzipiell sozialdemokratisch sein soll. Ich denke, in der Zeit, da man gegen die Berliner Schießscharen laut und die Rekruten anfordert, auf Vater und Mutter zu schließen, hätten wir boppellen Anlaß, unsere prinzipielle Feindschaft klar zu betonen.

Alara Zettin-Suttgart: Wir dürfen uns die freieste Kritik auch der Reichstagsfraktion nicht nehmen lassen, sonst sinken wir auf das Niveau der Katholikentage, auf das Niveau agitatorischer Schaulustigen herab. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Auch die Fraktion darf nicht Extratouren tanzen, bei denen eine neuere sozialistische als mißbürgerliche Melodie gelehrt wird.

Stadthagen-Berlin: David wird den Sinn dessen, was ich früher und heute über die Freiheit der Kritik gesagt habe, nicht entstellen können. Den guten Rat, erst im stillen Kämmerlein die Grundprinzipien des Sozialismus zu studieren, kann ich auch heute nur David geben. (Heiterkeit.) wenn er sich auch wieder wie nach meiner letzten Rede in einem bürgerlichen Blatte wie die Sozialistischen Monatshefte beschwert.

Liedtnecht-Potsdam: Mißfallen hat uns an Noskes Rede die ganze Tendenz. Immer langsam voran! Und diese sanfte Rede war die Antwort auf das provokatorische Befehrsverbot des Einmarsch und Obenbung zum Militarismus. Das hat vielen Kreisen der Parteigenossen mißfallen.

Gemoll-Essen begründet die Aufforderung an die Fraktion, die gesetzliche Regelung der Pensionsklassenstatuten und Wohlfahrtsanstellungen herbeizuführen. Die Firma Krupp, die jährlich 20 Millionen verdient, müße diese Einrichtungen aus, um die Arbeiter zu fesseln und ihreöhne zu brücken.

Webel bedauert zunächst, daß er infolge der Kommissionsverhandlungen an den Vormittagsdebatten nicht teilnehmen konnte. Zur Sache führt er aus: Wenn David wirklich gesagt hat, daß man die Kritik der Fraktion einchränken muß, so muß auch ich ihm widersprechen.

kein Wort gegen Noskes Rede gesagt worden ist. (Hört, hört!) Noskes Rede war sogar eine gute Jungferrede und hat in vielen Punkten meine Unterstützung und meinen Beifall gefunden. Ich saar das um so

Die Wirkung des neuen Eintrachtsvertrages wird durch einige Ausführungen einer Magistratsvorlage über die Verstärkung des Etat's der Beamtenbefolgungen beleuchtet, die zur Begründung der Verstärkung der Stelle 11 beim Dispositionsfonds BI dienen soll. Es heißt da:

Rur Ueberschreitung bei der Stelle 11 in Höhe von 33,776.96 Mark (Staatsfremden) bemerken wir, daß ihre Ursache hauptsächlich in der Durchföhrung der Novelle zum Einkommenssteuergesetz, der dadurch veranlaßten Einhebung von über 66,000 Einkommensnachweilungen sogenannter Arbeitnehmer, der unerwartet starken Vermehrung der Beamten um über 20 Prozent und in der vom 1. April 1906 ab durchgeführten Bureauorganisations-der Steuerverwaltung begründet ist. Das Meistamt ist von diesem Zeitpunkt ab umgestaltet worden und ein großer Teil der früher dort ausgeführten Arbeiten auf das Bureau V übertragen. Hiermit ist eine Vermehrung der Beamtenpersonals im Bureau V und demzufolge auch eine Erhöhung der persönlichen Kosten verbunden gewesen. Außerdem haben die Vorbereitungen für die Durchföhrung des Steuerbringensystems mehrere einmalige Ausgaben verursacht.

Nicht recht ersichtlich ist es uns, wie man angesichts dieser Tatsache Befürchtungen hegen kann, daß das finanzielle Ergebnis des laufenden Steuerjahres ein ungünstiges sein werde.

Der Etier fürchtet sich vor dem roten Luche, der Fleischmeister vor einem Verbandspapierchen! So muß es sein; oder es erging einem Breslauer Kollegen wenigstens so. Der Wursmacher Gebek, Nahnhofstraße 28 in Breslau, hatte einen Gesellen am 23. August zur Arbeit angenommen. Der Geselle H. stellte sich vor, vereinbarte den Lohn mit dem Herrn Meister und erhielt den Auftrag, am 26. August früh zur Arbeit anzutreten. Er übergab auch dem Meister seine Papiere, und damit war das Arbeitsverhältnis abgeschlossen. Der Geselle freute sich, daß seine Arbeitslosigkeit ein Ende hatte und er nun wieder eine Subs bekommt. Doch es sollte anders kommen. Der Geselle hatte nämlich in seiner arbeitslosen Zeit manchmal Skat gespielt und eines Tages sich zu den notwendigen Notizen von einem Kollegen einen Zettel geborgt. Und dieses Zettelchen sollte das Verhängnis sein. Auf demselben stand nämlich der Stempel des Zentralverbandes und eine Mitteilung des Breslauer Bevollmächtigten Ziegler, an einen Verbandskollegen. Den Statzettel mit der „fürchtlich gefährlichen Rückseite“ fand nun Meister Gebek im Buche des neu angenommenen Gesellen. Nachdem er sich vom ersten Schreck erholt, schaffte er das Buch mit Zettel schnell wieder nach der Herberge und bestellte einen anderen Gesellen; in erlichem glaube er einen leibhaftigen Verbandsbruder entdeckt zu haben, und hätte der angefangen zu arbeiten, dann wäre sicher die ganze ibleiche Bude in die Luft gegangen! — Oder sieht's etwa im Betriebe so windig aus, daß ein aufgeweckter Geselle nicht hineindarf?

Ob nun der Geselle Verkehr mit dem — die Breslauer Fleischergesellen „verheben“ — Ziegler hatte oder nicht, blieb sich gleich; den Arbeitsvertrag zu lösen, war es kein Grund, und weil die Furcht vor dem Papierchen, das so zufällig in das Arbeitsbuch des Gesellen wanderte, so groß war, daß sich der Meister weigerte, den angenommenen Gesellen auch einzustellen, wird das Gewerbegericht ihn belehren, daß das Kontraktbruch ist und daß nun für 14 Tage Lohn und Kostgeld gezahlt werden müssen. Die Zeiten sind auch vorbei, wo die Fleischergesellen sich alles bieten ließen.

Ein Denunzianten-Stückchen? Am 17. September fand im Gewerkschaftshause eine Werkstatthebesprechung der bei der Firma Ernst Hoffmann beschäftigten Arbeiter statt, die vom Deutschen Metallarbeiter-Verbande einberufen war. Vor Eintritt in die Verhandlungen erschienen, wie uns von der Verbandsleitung geschrieben wird, auch der bekannte Gewerkschaftsbeamte Strohsfeld, wahrscheinlich um die letzten Ueberreste des Gewerkschafts der Maschinenbauer und Metallarbeiter H.-D. vor dem Abfall zu bewahren.

Trotzdem der Einberufer der Versammlung den Einbringung darauf aufmerksam machte, daß hier nur Werkstattheangelegenheiten, speziell eine Maßregelung eines Mitgliedes des Metallarbeiter-Verbandes in Frage stehe, blieb Strohsfeld im Lokal. Auch der Hinweis auf die Folgen eines Hausfriedensbruchs prallte an dem mit einer recht dicken Haut von der gütigen Mutter Natur ausgerüsteten Oberhirsche ab. Als endlich auf wiederholtes Drängen der Anwesenden sich Strohsfeld doch zum Abmarsch entschloß, rief er dem Beamten des Metallarbeiter-Verbandes die Drohung zu: „Sie können mich ja vor den Kadi fordern, aber dann kommen Sie auch daran, denn außer mir ist noch einer hier, der nicht in der Werkstatthe arbeitet, mithin machen Sie sich strafbar“. Mit diesem anderen meinte er den Gewerkschaftsbeamten, der an demselben Tage entlassen worden war.

Nach diesem Vorgange wurde in die Besprechungen ein getreten. Da erschien ganz unerwartet ein Polizeiaufgebot in Stärke von zwei Mann. Auf die Frage, was die Herren eigentlich wünschen, da hier nur eine nicht anmeldepflichtige Werkstatthebesprechung stattfindet, entgegen der Beachmeiner: „Ja, ein Herr hat mir soeben angezeigt, daß hier eine Versammlung stattfindet, die nicht angemeldet war“. Nachdem vom Einberufer die nötige Aufklärung gegeben, gaben sich die Schmeuler zufrieden, wohnten aber den Verhandlungen bis zum Schluß bei.

Nun, Herr Strohsfeld, gestatten Sie eine besitzene Frage: „Ist Ihnen vielleicht der Herr bekannt, der die Anzeige bei der Polizei gemacht hat?“. Wenn Sie nicht wollen, daß auf Sie der Verdacht, ein ganz gemeines Denunziantenstückchen bezugung zu haben, fallen soll, dann geben Sie recht bald Antwort und zwar klipp und klar Antwort auf diese Frage. Bis dahin mag unsere Kritik schweigen.

Ueber die Güte des Filterlandes, der in anderen Wasserwerken Verwendung findet, war dieser Tage in der „Breslauer Morgenzeitung“ Klage geführt worden. Der von der Sand- und Kies-Handelsfirma aus der Obergeschicht Sand sei in der letzten Zeit nicht einwandlos gewesen, er habe unangenehme Gerüche und harter Sande beigemischt. Die zuständige Verwaltung

hatte die Richtigkeit dieser Behauptungen bestritten, der Sand sei gut und der Geruch könne nur von dem bereits verwendeten, aus den Filtern herausgeschafften Sand herrühren.

Demgegenüber wird uns versichert, daß tatsächlich der feinste Sand es war, von dem der Geruch ausging und Sandschiffer, die also doch von der Beschaffenheit des Sandes etwas verstehen, bestätigen uns, daß der Sand vor einigen Tagen stark mit Kette und Schlamm gemischt war, so daß aus den Lorties beim Herauskippen direkt Klumpen herausfielen. Unsere Gewährsleute führen diese Uebelstände darauf zurück, daß während des in der jüngsten Zeit durch die Oder gegangenen Hochwassers die Strompolizei der Haggereigesellschaft verboten hat, in der Mitte des Flußbettes zu baggern und daß die Bagger daher am Ufer gearbeitet haben, wo die Sandschicht nur sehr flach liegt.

Ob dem so sein hätte unseres Erachtens die Verwaltung jenen Sand nicht abnehmen sollen, da die vorhandenen Vorräte ruhig eine Pause in der Lieferung gestattet hätten. Im Interesse der Lieferung eines möglichst einwandfreien Trintwassers kann es nur liegen, wenn auf die Güte des Filterlandes peinlichste Sorgfalt verwendet wird.

Noch einmal die Versandung des Kanalnetzes. Daß die von uns behauptete Versandung unseres städtischen Kanalnetzes zurzeit immer noch eine ganz außerordentliche, ja geradezu erschauende ist, geht vor allem daraus hervor, daß Sandbagger am Kanalsandfang an den Schickständen, dort wo der aus den Kanälen angeschwemmte Sand abgefangan wird, in normalen Jahren eine Jahresdurchschnittsförderung von etwa 80 Kubikmeter Sand aufweist, im August dieses Jahres allein aber betrug die Förderung etwa 210 Kubikmeter. Die Versandung ist heute noch so stark, daß in einer Anzahl von Kanälen der Reinigungapparat überhaupt nicht arbeiten kann.

Kapitalskonzentration. Die Stammgarnspinnerei und Weberei Satorf und die Schöllersche Stammgarnspinnerei haben ihre Verschmelzung beschlossen. Diefelbe tritt am 1. Januar 1908 in Kraft. Das Anlagekapital soll um 3,6 Millionen Mark erhöht werden. Die neuen Aktien werden von den Inhabern der Schöllerschen Gesellschaft übernommen. Diese Miessumme haben die Inhaber der Fabrik nicht etwa durch eigener Hände Arbeit erworben, sondern nur durch die jahrelange Auspöwerung ihrer Arbeiter und Arbeiterinnen, die man mit den ehesten Hungerlöhnen abspießte. Und dieser menschenwürdige Zustand wird so lange weiter gehen, bis sich die Arbeiter dieser Betriebe einmal zu einer kraftvollen Organisation emporgeschwungen haben, die bei der Bestimmung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ein ernstes Wort mitzureden haben. Die entgeltliche Erlösung aus diesen kälischen Zustände, bei dem die Unternehmer Millionäre und die Textilarbeiter die erbärmlichsten aller Proletarier werden, wird aber erst erfolgen, wenn die heutige kapitalistische Wirtschaftsordnung durch die sozialistische abgelöst sein wird.

Die erste Volksvorstellung des Sozialdemokratischen Vereins findet Sonntag, den 29. September, Nachmittags, im Thalia-Theater statt. Hirschfeld's famose Komödie „Mieze und Maria“ gelangt zur Aufführung. Die Ausgabe der Billets, für welche dieselben Preise wie in den Vorjahren gelten, erfolgt Sonnabend, den 21. September, Abends um 7 Uhr, in der Expedition der „Volksmacht“, Neue Graupenstraße 5/6, Hof 3. Etage.

Als eine Gedenknummer für den Internationalen Sozialistischen Kongress in Stuttgart präsentiert sich uns die soeben erschienene Nummer des „Wahren Jacob“. In der Beilage würdigt Kurt Eisner die Bedeutung des Kongresses in einem längeren Feuilleton, dem insgesamt 14 Kleinere und größere vortrebliche Aufsätze von dem Kongress, vom Meeting am dem Cannstatter Wasen und von einzelnen hervorragenden Parteigenossen beigegeben sind. Hierdurch gewinnt die Nummer den Charakter eines interessanten Erinnerungsblattes an den ersten internationalen Sozialistenkongress, der auf deutschem Boden stattgefunden hat. Schade, daß es nicht möglich war, unter drei oder vier großen Gruppenbildern die Namen der Parteiführer anzugeben, die als Ausländer den deutschen Genossen noch unbekannt sind.

Ein unheimlicher Gast in der Umgebung von Breslau. Unter typhusverdächtigen Erscheinungen wurde Mittwoch der Lehrer Schindler aus Schmoll in das Kloster der Barnbergischen Brüder überführt. Die Ärzte stellten bei dem Erkrankten, der 21 Jahre zählt, Typhus fest. Sein Zustand hat sich seit seiner Einlieferung verschlimmert. Auf welche Ursachen die Erkrankung zurückzuführen ist, muß die Untersuchung erst ergeben.

Das Stiftungsfest des Zimmererverbandes findet kommenden Sonnabend Abend im Gewerkschaftshause statt. Das reichhaltige und gut zusammengestellte Programm birgt dafür, daß jeder Besucher auf seine Kosten kommen wird. Wir wünschen daher dem rührigen Festkomitee eine recht gute Teilnahm an der Veranstaltung.

Gesperrt werden für Fuhrwerk und Reiter wegen Verlegung von Wasserrohren die Geblotstraße zwischen Düb- und Charlottenstraße vom 23. September bis 12. Oktober halbtägig und wegen Umbau von Wasserleitungen die Verbindungsstraße zwischen Strieganerplatz und Rüdichstraße vom 18. d. M. ab auf 14 Tage.

Eine Fähring des Wagenverkehrs in Breslau wird seit einigen Tagen auf verschiedenen Straßenätzen und Plätzen unserer Stadt vorerzommen.

Die Normalmehr an der Schweidnitzerstraße neben dem Kaiser-Wilhelm-Denkmal wird gegenwärtig an ihrem Keimern Unterbau einer Renovation unterzogen.

Unfallfälle. Ein etwa 5 Jahre altes Mädchen wurde am 18. September, um die Mittagsstunde, auf der Weidenstraße durch eine Droschke ungerissen und überfahren. Erhebliche Verletzungen schied das Kind nicht erlitten zu haben. — Auf der Polzerstraße wurde ein 7 Jahre alter Knabe durch einen Wagen überfahren; er erlitt eine schwere Wunde am linken Oberschenkel und wurde im Allerheiligen-Hospital untergebracht, nachdem ihm erste-Hilfsmaßnahmen geleistet hatten.

Vermisst werden: seit dem 15. d. M. der 20 Jahre alte Metallarbeiter Hermann Mad, Neue Abalberstraße 103B, seit dem 16. d. M. der Gastwirtslehrling Hajo Camber, Nihilstraße 42. Seit mehreren Tagen wird ferner der Baderlehrling Fritz Unger aus Weiwalden, Str. Neugäß, vermisst; er hatte bei seinem Weggange 300 Mark zur Bezahlung einer Rechnung bei sich. — Große Eisen- und Kupferdiebstähle. Aus einer hiesigen Eisenbahnwerkstatt waren längere Zeit hindurch Eisenstücke verschiedener Art und Größe gestohlen worden. Die Diebe, die seit Jahren im Handwerk betrieben, sind jetzt durch die Kriminalpolizei ermittelt und in Haft genommen worden. Am 10. d. M. wurde von einem Wärter ein Mann angetroffen, der eine mit gelochten Werten gefüllte Tasche bei sich trug, diese aber wegwarf und die Flucht ergriff. Dieser Umstand führte zur Ermittlung der Diebe. Die Verhafteten sind ein Herr Karstadt und ein Arbeiter der Fabrik ein Bandenführer, welcher gerade im Laufe des Jahres 1907, 1908, 1909, 1910, 1911, 1912, 1913, 1914, 1915, 1916, 1917, 1918, 1919, 1920, 1921, 1922, 1923, 1924, 1925, 1926, 1927, 1928, 1929, 1930, 1931, 1932, 1933, 1934, 1935, 1936, 1937, 1938, 1939, 1940, 1941, 1942, 1943, 1944, 1945, 1946, 1947, 1948, 1949, 1950, 1951, 1952, 1953, 1954, 1955, 1956, 1957, 1958, 1959, 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967, 1968, 1969, 1970, 1971, 1972, 1973, 1974, 1975, 1976, 1977, 1978, 1979, 1980, 1981, 1982, 1983, 1984, 1985, 1986, 1987, 1988, 1989, 1990, 1991, 1992, 1993, 1994, 1995, 1996, 1997, 1998, 1999, 2000, 2001, 2002, 2003, 2004, 2005, 2006, 2007, 2008, 2009, 2010, 2011, 2012, 2013, 2014, 2015, 2016, 2017, 2018, 2019, 2020, 2021, 2022, 2023, 2024, 2025, 2026, 2027, 2028, 2029, 2030, 2031, 2032, 2033, 2034, 2035, 2036, 2037, 2038, 2039, 2040, 2041, 2042, 2043, 2044, 2045, 2046, 2047, 2048, 2049, 2050, 2051, 2052, 2053, 2054, 2055, 2056, 2057, 2058, 2059, 2060, 2061, 2062, 2063, 2064, 2065, 2066, 2067, 2068, 2069, 2070, 2071, 2072, 2073, 2074, 2075, 2076, 2077, 2078, 2079, 2080, 2081, 2082, 2083, 2084, 2085, 2086, 2087, 2088, 2089, 2090, 2091, 2092, 2093, 2094, 2095, 2096, 2097, 2098, 2099, 2100, 2101, 2102, 2103, 2104, 2105, 2106, 2107, 2108, 2109, 2110, 2111, 2112, 2113, 2114, 2115, 2116, 2117, 2118, 2119, 2120, 2121, 2122, 2123, 2124, 2125, 2126, 2127, 2128, 2129, 2130, 2131, 2132, 2133, 2134, 2135, 2136, 2137, 2138, 2139, 2140, 2141, 2142, 2143, 2144, 2145, 2146, 2147, 2148, 2149, 2150, 2151, 2152, 2153, 2154, 2155, 2156, 2157, 2158, 2159, 2160, 2161, 2162, 2163, 2164, 2165, 2166, 2167, 2168, 2169, 2170, 2171, 2172, 2173, 2174, 2175, 2176, 2177, 2178, 2179, 2180, 2181, 2182, 2183, 2184, 2185, 2186, 2187, 2188, 2189, 2190, 2191, 2192, 2193, 2194, 2195, 2196, 2197, 2198, 2199, 2200, 2201, 2202, 2203, 2204, 2205, 2206, 2207, 2208, 2209, 2210, 2211, 2212, 2213, 2214, 2215, 2216, 2217, 2218, 2219, 2220, 2221, 2222, 2223, 2224, 2225, 2226, 2227, 2228, 2229, 2230, 2231, 2232, 2233, 2234, 2235, 2236, 2237, 2238, 2239, 2240, 2241, 2242, 2243, 2244, 2245, 2246, 2247, 2248, 2249, 2250, 2251, 2252, 2253, 2254, 2255, 2256, 2257, 2258, 2259, 2260, 2261, 2262, 2263, 2264, 2265, 2266, 2267, 2268, 2269, 2270, 2271, 2272, 2273, 2274, 2275, 2276, 2277, 2278, 2279, 2280, 2281, 2282, 2283, 2284, 2285, 2286, 2287, 2288, 2289, 2290, 2291, 2292, 2293, 2294, 2295, 2296, 2297, 2298, 2299, 2300, 2301, 2302, 2303, 2304, 2305, 2306, 2307, 2308, 2309, 2310, 2311, 2312, 2313, 2314, 2315, 2316, 2317, 2318, 2319, 2320, 2321, 2322, 2323, 2324, 2325, 2326, 2327, 2328, 2329, 2330, 2331, 2332, 2333, 2334, 2335, 2336, 2337, 2338, 2339, 2340, 2341, 2342, 2343, 2344, 2345, 2346, 2347, 2348, 2349, 2350, 2351, 2352, 2353, 2354, 2355, 2356, 2357, 2358, 2359, 2360, 2361, 2362, 2363, 2364, 2365, 2366, 2367, 2368, 2369, 2370, 2371, 2372, 2373, 2374, 2375, 2376, 2377, 2378, 2379, 2380, 2381, 2382, 2383, 2384, 2385, 2386, 2387, 2388, 2389, 2390, 2391, 2392, 2393, 2394, 2395, 2396, 2397, 2398, 2399, 2400, 2401, 2402, 2403, 2404, 2405, 2406, 2407, 2408, 2409, 2410, 2411, 2412, 2413, 2414, 2415, 2416, 2417, 2418, 2419, 2420, 2421, 2422, 2423, 2424, 2425, 2426, 2427, 2428, 2429, 2430, 2431, 2432, 2433, 2434, 2435, 2436, 2437, 2438, 2439, 2440, 2441, 2442, 2443, 2444, 2445, 2446, 2447, 2448, 2449, 2450, 2451, 2452, 2453, 2454, 2455, 2456, 2457, 2458, 2459, 2460, 2461, 2462, 2463, 2464, 2465, 2466, 2467, 2468, 2469, 2470, 2471, 2472, 2473, 2474, 2475, 2476, 2477, 2478, 2479, 2480, 2481, 2482, 2483, 2484, 2485, 2486, 2487, 2488, 2489, 2490, 2491, 2492, 2493, 2494, 2495, 2496, 2497, 2498, 2499, 2500, 2501, 2502, 2503, 2504, 2505, 2506, 2507, 2508, 2509, 2510, 2511, 2512, 2513, 2514, 2515, 2516, 2517, 2518, 2519, 2520, 2521, 2522, 2523, 2524, 2525, 2526, 2527, 2528, 2529, 2530, 2531, 2532, 2533, 2534, 2535, 2536, 2537, 2538, 2539, 2540, 2541, 2542, 2543, 2544, 2545, 2546, 2547, 2548, 2549, 2550, 2551, 2552, 2553, 2554, 2555, 2556, 2557, 2558, 2559, 2560, 2561, 2562, 2563, 2564, 2565, 2566, 2567, 2568, 2569, 2570, 2571, 2572, 2573, 2574, 2575, 2576, 2577, 2578, 2579, 2580, 2581, 2582, 2583, 2584, 2585, 2586, 2587, 2588, 2589, 2590, 2591, 2592, 2593, 2594, 2595, 2596, 2597, 2598, 2599, 2600, 2601, 2602, 2603, 2604, 2605, 2606, 2607, 2608, 2609, 2610, 2611, 2612, 2613, 2614, 2615, 2616, 2617, 2618, 2619, 2620, 2621, 2622, 2623, 2624, 2625, 2626, 2627, 2628, 2629, 2630, 2631, 2632, 2633, 2634, 2635, 2636, 2637, 2638, 2639, 2640, 2641, 2642, 2643, 2644, 2645, 2646, 2647, 2648, 2649, 2650, 2651, 2652, 2653, 2654, 2655, 2656, 2657, 2658, 2659, 2660, 2661, 2662, 2663, 2664, 2665, 2666, 2667, 2668, 2669, 2670, 2671, 2672, 2673, 2674, 2675, 2676, 2677, 2678, 2679, 2680, 2681, 2682, 2683, 2684, 2685, 2686, 2687, 2688, 2689, 2690, 2691, 2692, 2693, 2694, 2695, 2696, 2697, 2698, 2699, 2700, 2701, 2702, 2703, 2704, 2705, 2706, 2707, 2708, 2709, 2710, 2711, 2712, 2713, 2714, 2715, 2716, 2717, 2718, 2719, 2720, 2721, 2722, 2723, 2724, 2725, 2726, 2727, 2728, 2729, 2730, 2731, 2732, 2733, 2734, 2735, 2736, 2737, 2738, 2739, 2740, 2741, 2742, 2743, 2744, 2745, 2746, 2747, 2748, 2749, 2750, 2751, 2752, 2753, 2754, 2755, 2756, 2757, 2758, 2759, 2760, 2761, 2762, 2763, 2764, 2765, 2766, 2767, 2768, 2769, 2770, 2771, 2772, 2773, 2774, 2775, 2776, 2777, 2778, 2779, 2780, 2781, 2782, 2783, 2784, 2785, 2786, 2787, 2788, 2789, 2790, 2791, 2792, 2793, 2794, 2795, 2796, 2797, 2798, 2799, 2800, 2801, 2802, 2803, 2804, 2805, 2806, 2807, 2808, 2809, 2810, 2811, 2812, 2813, 2814, 2815, 2816, 2817, 2818, 2819, 2820, 2821, 2822, 2823, 2824, 2825, 2826, 2827, 2828, 2829, 2830, 2831, 2832, 2833, 2834, 2835, 2836, 2837, 2838, 2839, 2840, 2841, 2842, 2843, 2844, 2845, 2846, 2847, 2848, 2849, 2850, 2851, 2852, 2853, 2854, 2855, 2856, 2857, 2858, 2859, 2860, 2861, 2862, 2863, 2864, 2865, 2866, 2867, 2868, 2869, 2870, 2871, 2872, 2873, 2874, 2875, 2876, 2877, 2878, 2879, 2880, 2881, 2882, 2883, 2884, 2885, 2886, 2887, 2888, 2889, 2890, 2891, 2892, 2893, 2894, 2895, 2896, 2897, 2898, 2899, 2900, 2901, 2902, 2903, 2904, 2905, 2906, 2907, 2908, 2909, 2910, 2911, 2912, 2913, 2914, 2915, 2916, 2917, 2918, 2919, 2920, 2921, 2922, 2923, 2924, 2925, 2926, 2927, 2928, 2929, 2930, 2931, 2932, 2933, 2934, 2935, 2936, 2937, 2938, 2939, 2940, 2941, 2942, 2943, 2944, 2945, 2946, 2947, 2948, 2949, 2950, 2951, 2952, 2953, 2954, 2955, 2956, 2957, 2958, 2959, 2960, 2961, 2962, 2963, 2964, 2965, 2966, 2967, 2968, 2969, 2970, 2971, 2972, 2973, 2974, 2975, 2976, 2977, 2978, 2979, 2980, 2981, 2982, 2983, 2984, 2985, 2986, 2987, 2988, 2989, 2990, 2991, 2992, 2993, 2994, 2995, 2996, 2997, 2998, 2999, 3000, 3001, 3002, 3003, 3004, 3005, 3006, 3007, 3008, 3009, 3010, 3011, 3012, 3013, 3014, 3015, 3016, 3017, 3018, 3019, 3020, 3021, 3022, 3023, 3024, 3025, 3026, 3027, 3028, 3029, 3030, 3031, 3032, 3033, 3034, 3035, 3036, 3037, 3038, 3039, 3040, 3041, 3042, 3043, 3044, 3045, 3046, 3047, 3048, 3049, 3050, 3051, 3052, 3053, 3054, 3055, 3056, 3057, 3058, 3059, 3060, 3061, 3062, 3063, 3064, 3065, 3066, 3067, 3068, 3069, 3070, 3071, 3072, 3073, 3074, 3075, 3076, 3077, 3078, 3079, 3080, 3081, 3082, 3083, 3084, 3085, 3086, 3087, 3088, 3089, 3090, 3091, 3092, 3093, 3094, 3095, 3096, 3097, 3098, 3099, 3100, 3101, 3102, 3103, 3104, 3105, 3106, 3107, 3108, 3109, 3110, 3111, 3112, 3113, 3114, 3115, 3116, 3117, 3118, 3119, 3120, 3121, 3122, 3123, 3124, 3125, 3126, 3127, 3128, 3129, 3130, 3131, 3132, 3133, 3134, 3135, 3136, 3137, 3138, 3139, 3140, 3141, 3142, 3143, 3144, 3145, 3146, 3147, 3148, 3149, 3150, 3151, 3152, 3153, 3154, 3155, 3156, 3157, 3158, 3159, 3160, 3161, 3162, 3163, 3164, 3165, 3166, 3167, 3168, 3169, 3170, 3171, 3172, 3173, 3174, 3175, 3176, 3177, 3178, 3179, 3180, 3181, 3182, 3183, 3184, 3185, 3186, 3187, 3188, 3189, 3190, 3191, 3192, 3193, 3194, 3195, 3196, 3197, 3198, 3199, 3200, 3201, 3202, 3203, 3204, 3205, 3206, 3207, 3208, 3209, 3210, 3211, 3212, 3213, 3214, 3215, 3216, 3217, 3218, 3219, 3220, 3221, 3222, 3223, 3224, 3225, 3226, 3227, 3228, 3229, 3230, 3231, 3232, 3233, 3234, 3235, 3236, 3237, 3238, 3239, 3240, 3241, 3242, 3243, 3244, 3245, 3246, 3247, 3248, 3249, 3250, 3251, 3252, 3253, 3254, 3255, 3256, 3257, 3258, 3259, 3260, 3261, 3262, 3263, 3264, 3265, 3266, 3267, 3268, 3269, 3270, 3271, 3272, 3273, 3274, 3275, 3276, 3277, 3278, 3279, 3280, 3281, 3282, 3283, 3284, 3285, 3286, 3287, 3288, 3289, 3290, 3291, 3292, 3293, 3294, 3295, 3296, 3297, 3298, 3299, 3300, 3301, 3302, 3303, 3304, 3305, 3306, 3307, 3308, 3309, 3310, 3311, 3312, 3313, 3314, 3315, 3316, 3317, 3318, 3319, 3320, 3321, 3322, 3

Sozialdemokratischer Parteitag.

Essen, 18. September 1907.

8. Verhandlungstag. Gemoll-Essen

Eröffnet die Sitzung kurz nach 9 Uhr und teilt ein Beachtungswürdiges des jüdischen sozialdemokratischen Bundes für Polen und Litauen mit.

Raben-Dresden

Eröffnet den Bericht der Kontrollkommission. Diese hat in ihrer letzten Sitzung die Beschwerde des (Wiesenthaler) allgemeinen deutschen Metallarbeiterverbandes gegen die Vorwärtsgruppe einstimmig zurückgewiesen, weil er eine Abspaltung des deutschen Metallarbeiterverbandes sei und sich nicht mit dem alten lokalen Metallarbeiterverband verschmelzen, sondern diesen in sich aufgenommen hätte.

Hierauf wird die Diskussion über den Bericht vom internationalen Sozialisten-Kongress in Stuttgart fortgesetzt.

Lebedur-Berlin

Ich bedaure, daß ich heute wieder in dieser Frage als erster das Wort ergreifen muß, weil David sich von der Rednerliste hat streichen lassen. Ich finde das unsozialistisch, als Bebel großen seine früheren Reichstagsreden in genau derselben Weise erzählt hat wie ich, und gerade David mit seiner Auslegung der Bebel'schen Reden die deutsche Delegation eingeführt hat. Er hätte daher lieber entweder seine Beschuldigungen, die er gegen mich und andere radikale Parteigenossen wegen ihrer Haltung in Stuttgart erhoben hat, oder nachweisen müssen, daß Bebel seine eigenen Reden falsch angelegt hat. Aber David erwählt der Tapferkeit besseren Teil und schweigt. (Heiterkeit.) Gleichwohl hat mir gestern Bebel den Vorwurf gemacht, ich hätte einen unnötigen Pant provoziert. (Bebel: Beide Seiten!) Ich habe nicht die andere Seite zu verteidigen, sondern mich. (Beide: Ja!) Gerade ich habe in Stuttgart die theoretische Einleitung über eine sozialistische Kolonialpolitik für überflüssig erklärt und von Kolonialpolitik in hundertfachen Unterredungen überzeugt, daß es besser sei, den ganzen Einleitungsatz seiner Resolution zu streichen. Dann aber in der Kommission kamen David, Berner, Morser, hem, wie anderen Desterreichern, seit ihrem Siege die Staatsmännlichkeit bis in die Kniekehlen gefahren ist, (Heiterkeit und Lachen) und Terzagone, der das Wort seiner Partei für die Annexion des Konstantinopols erwidern wollte, und verlangte eine Schwärzung in der Kolonialpolitik, befristeten jubelnd die Inaugurierung der sozialistischen Kolonialpolitik und vrelanalen drinaend und unbedeutend ein positives Zukunftsprogramm für die sozialistische Kolonialpolitik. Ich habe mich also genau nach dem Rate gerichtet, den Bebel uns gestern überliefert hat. (Heiterkeit.) Aber gegenüber der Kommission war eine prinzipielle Klärung der Fragen der Kolonialpolitik notwendig, denn gerade aus der mangelnden Präzision der Begriffe entspringt dieser Zwiepsalt. Man hat sich Bebel noch gegen die Neuerung von mir gewehrt, er sei kein Papst. Wie bin ich denn zu diesem Satz gekommen? Weil David sich unaufrichtig auf die Bebel'sche Reichstagsrede berief und unaufhörlich Bebel für sich ins Feld führte. (Schreie: Unlauterer Wettbewerb!) — (Stimm: Heiterkeit.) Und da habe ich geantwortet, daß ich notwendigfalls gegen Bebel gehen zu vorgehen würde, wie gegen David. (Heiterkeit.) Und darum ist die Nebenart vom unlauteren Wettbewerb nur von Ehrhart ein fauler Witz. (Große Heiterkeit.) Wilow nennt in seiner demagogischen Manier Bebel immer Diktator, Kaiser, Imperator usw. Die Zeit kommt ja von Volkmar aus Dresden. (Heiterkeit.) Und jetzt finden dieselben Revisionisten unaufhörlich Bebel aufzuschlagen. Gegenüber diesem albernem demagogischen Trick unserer Gegner haben wir Radikale es uns nicht nehmen lassen, uns in Stuttgart wie hier in Essen gegen diese Autoritätsdummheit aufzulehnen und gegen den Versuch, Bebel zum Papst zu machen, Protest zu erheben. (Beifall.)

Saase-Kattowitz

Bespricht die Ausführung der Stuttgarter Resolution zur Ein- und Auswanderungsfrage. Es sei in Deutschland nahezu unmöglich, an die Kontraktarbeitertransporte der Wanderarbeiter, etwa auf dem Bahnhofs in Walsowis heranzukommen. Nach den Handelsverträgen sollen ja die ausländischen Arbeiter in Deutschland dieselben Rechte haben wie die deutschen. Aber einmal läßt die Polizei stets die Drohung der Ausweisung über ihnen schweben und dann existieren selbst nicht Gesetze, sondern Polizeiverordnungen, die jede Entlassung dieser Arbeiter auflassen und erzwängen. Deshalb müsse zunächst die Veröffentlichung dieser geheimen Verordnungen erreicht und auch weiterhin diese Frage bei der großen Zahl der interessierten Arbeiter mit größter Aufmerksamkeit studiert werden. (Beifall.)

Leutert-Wolba (zur Geschäftsordnung)

David ist jetzt nächster Redner. Ich will seinen Antrag stellen, um nicht die Redezeit einzuschränken. Aber sich streichen lassen, wenn ein unbedeutender Redner hinter einem ist und sich jedesmal dann wieder einzutragen, um das letzte Wort zu behalten, ist eine neue Redaktionsweise, die ich die anderen Parteigenossen bitten möchte, nicht nachzumachen. (Beifall und Lachen.)

Vorsitzender Gemoll:

Ich werde streng darauf achten, daß derartige nicht in der Sache. (Stimm: Heiterkeit.) — Bebel, Volkmar und Richard Fischer stellen sich zur Geschäftsordnung zum Wort.)

Bebel-Berlin (zur Geschäftsordnung)

Gegen diese Handhabung der Geschäftsordnung, wie der Vorsitzende sie angeordnet hat, muß ich Protest erheben. (Allgemeine Zustimmung.) Jeder kann sich jeden Augenblick streichen lassen in der Absicht nicht zu sprechen, nach sich dann in jedem Augenblick man er provoziert wird, wieder einzutragen lassen. (Sehr wahr!) Man kann eine Debatte zwar schließen, aber nicht einem Redner verweigern, sich streichen zu lassen und sich wieder zu melden, wenn es ihm beliebt. (Sehr wahr!)

Vorsitzender Gemoll:

Nach gut, dann lasse ich es so laufen (Heiterkeit), aber dann müssen auch die Beschwerden darüber aufhören. (Zustimmung.)

Dr. David-Mainz (zur Sache)

Ich habe mich nur ein einziges Mal in der Redezeit streichen lassen, weil ich nach den Erklärungen Bebel's und Singers annahm, daß nicht die Absicht bestände, die deutsche Delegation in Stuttgart zu desavouieren, wie das u. a. auch das hiesige Parteiblatt in seinem Bericht über die Sitzung gefordert hat. Danach habe ich eine weitere Debatte für überflüssig. (Lebh. Zustimmung.) Als man mir aber den Vorwurf des Kneifens machte, da mußte ich mich gegen diese Unterstellung verwehren. Ich habe mich weiter gegen die Unterstellung zu verwehren, als ob der Beschluß der Stuttgarter Kommission irgendwie dem Beschluß des Mainzer Parteitag's widerstreite. Auch diese Widerrede nicht der Absicht, wie es dort heißt, die Kultur- und Verkehrsbeziehungen aller Völker der Erde miteinander zu entwickeln. (Bunnt Lebedur's: Das ist doch nicht Kolonialpolitik!) Ob Kolonialpolitik oder Zivilisationspolitik, es ist derselbe Sinn. (Lebedur: Sie verstehen ja die ganze Sache nicht. Heiterkeit.) Vor Stuttgart ist jedenfalls kein Mensch auf diesem Unterfaher herangeritten. In der Erklärung Bebel's und der Fraktion ist immer von der Kolonialpolitik der Sozialdemokratie die Rede. Bebel ist ja hier und kann sagen, ob ich kein Rede misbräuch habe oder ob in der Resolution der Stuttgarter Kommission etwas darinsteht, was nicht auch in Bebel's Rede steht. Wir haben eine zukünftige sozialistische Kolonialpolitik immer nur als eine mit den Mitteln der Kapitalität geführte gedacht und bezeichnet. Die Bebel'sche Rede

habe ich in Stuttgart einmal zitiert, in meiner ersten Rede. Dazu war ich verpflichtet, weil die deutsche Partei durch ihren Vorstand im Bericht gerade diese Rede als maßgebliche Meinungsäußerung an den Kongress hatte gelangen lassen. Diese Rede steht auch wieder im Vorstandsbereich an diesen Kongress und in der neuesten offiziellen Broschüre. Ich habe erst im hiesigen Gegenatz zu Bebel gehalten, aber alles, was er sagt, deshalb zu bekämpfen, weil es von Bebel kommt, das kann mir nur Lebedur zuzurechnen. (Heiterkeit.) Ich wiederhole also, daß unser erster Beschluß in Stuttgart durchaus im Einklang stand mit dem bisher von uns im Reichstage und in der Agitation eingenommenen Standpunkt und mit der ganzen bisherigen Kolonialpolitik der Partei. (Beifall.)

Laufenberg-Düsseldorf

Ich glaube, wir haben es nicht nötig, uns groß zu erheben. Aber Differenzpunkte in der Kolonialpolitik, die der Klärung bedürftig sind vorhanden. David ist den Beweis dafür schuldig geblieben, daß der Beschluß der deutschen Delegation in Stuttgart wirklich im Einklang ist mit der Mainzer Resolution. (Sehr wahr!) Das Wort von der sozialistischen Kolonialpolitik wird in die Lande hinausgehen und in der Agitation die größte Verwirrung anrichten, wie sie es schon getan hat. Bebel's Auslassungen im Reichstage hatten keinen programmatischen Charakter. Sie waren in der Fraktion nicht vorher vereinbart, wie die Mehrheit in Stuttgart glaubte. Vor allem aber ging die von Kol'sche Resolution viel weiter: sie sprach davon, daß der Nutzen der Kolonien übertrieben werde, und erkannte damit die Kolonien als nützlich an. Wir aber haben im Wahlkampfe den Arbeitern immer den direkten Schaden der Kolonien nachgemessen. (Sehr gut!) Woher nimmt die Mehrheit der Stuttgarter Delegation das Recht und das Mandat, die Haltung der deutschen Partei im Wahlkampfe so zu desavouieren. (Wielacher'sche Heiterkeit.) Darum war der Streit keine Lapalie, sondern eine Wahrung der grundsätzlichen Stellung der deutschen Partei im Wahlkampfe. (Lebhafter Beifall.) Darum verhehe ich nicht, wie Bebel, der sich fastisch ganz auf unseren Standpunkt gestellt hat, hauptsächlich die deutsche Widerheit in Stuttgart hat angegriffen können. (Beifall.)

Niem-Dresden

Ich werde nicht auf die Frage eingehen, die jetzt die Gemüter so erhit. (Sehr gut!) Sie werden mir das nicht übernehmen. (Heiterkeit.) Ich wollte nur sagen, daß die Anfechtung der beiden Frauenmandate aus Sachlichkeitsgründen aus prinzipieller Abneigung gegen die Frauenbewegung erfolgt ist, sondern lediglich aus formalen Bedenken auf Grund des Organisationsstatuts. (Bravo!)

Warm-Berlin

Die Darstellung Lebedur's war, das bestätige ich ihm als Mitglied der Kommission, vom ersten bis zum letzten Wort richtig. (Sehr, hört!) Alle Befürchtungen, die Lebedur und ich über das Mißverständnis der David'schen Resolution geäußert haben, sind voll eingetroffen. (Sehr wahr!)

Ein ungeheurer Wirrwarr war die Folge. David und Richard Fischer erklärten, man müßte die Kolonien behalten und... (Verstärkung: hört! hört!) Widerpruch Fischer's. Dabei hat selbst Caprivi gesagt, daß Deutschland froh sein könne, seine Kolonien loszukommen. Aber die David'sche Resolution gab einer Schandpolitik freie Hand, um sie zu brechen, wie der Wind dreht. (Lebhafte Zustimmung.) Nur durch die Drohung mit einem öffentlichen Skandal konnten die Delegierten des Nieder-Rheins es durchsetzen, daß David, der hartnäckig an der von Kol'schen Resolution festhielt, wenigstens den unheimlichen ersten Satz der Resolution aufgab. (Widerpruch David.) Umso mehr ist es zu bedauern, daß Bebel nicht die nötige Klärung dieses Wirrwarrs gefördert hat. (Hegel: Ich war gestern sehr klar) sondern sich auf die Seite David's gestellt und Lebedur und mich desavouiert hat. Es war ein Glück, daß in Stuttgart der internationale Kongress stattfand, wie als die deutsche Delegation. (Entrüstung und Beifall.) So konnten wir wenigstens die Schande verhindern, daß von Stuttgart ein Beschluß ausging, der ein Schlag ins Gesicht der bisherigen Stellung der Partei zur Kolonialpolitik war. Wir haben glücklicherweise erreicht, daß auch der internationale Kongress jede Kolonialpolitik prinzipiell verworfen hat, in welchem Mantel sie sich auch hüllen möchte. (Lebh. langanhalt. Beifall.)

Kantsch-Berlin

Ich halte es heute wider mein Erwarten nicht nötig, in die sachliche Verteidigung meiner Stuttgarter Haltung einzutreten. Denn von der Gegenseite wird in die sachliche Debatte überhaupt nicht wieder eingetreten. Ich glaube auch, daß die große Mehrheit des Parteitag's sich vollkommen davon einig ist, daß der hiesigen Resolution gegenüber keinerlei Konzeptionen durch Hinterlist gemacht werden dürfen. (Lebhafte Zustimmung.) Dabei wird doch von van Kol und Bernstein behauptet, daß wir ein Recht der Herrschaft über die niederen Klassen haben, daß wir den Kapitalismus in die Kolonien tragen müssen, daß wir die Kolonien nicht aufgeben könnten und auch nicht das agieren, weil das unserer positiven Kolonialreformpolitik widerspräche u. s. w. Ja, van Kol sprach das furchtbare Wort von der bewaffneten Kolonialpolitik, die wir unterstützen müßten (hört! hört!) das alles soll nach David noch auf dem Boden der Mainzer Parteitag'sresolution stehen. Wenn er aber wirklich auf dem Boden der Mainzer Resolution steht, warum bekämpfte er dann den Minoritätsantrag in Stuttgart so wütend? Glücklicherweise hat die Mehrheit des Stuttgarter Kongresses und schließlich auch die der deutschen Delegation die Minderheitsresolution angenommen, und hoffentlich stellt sich auch dieser Parteitag, statt sie zu desavouieren, vollständig auf ihren Boden. (Lebh. Beifall.)

Dr. Karl Liebknecht-Berlin

Das Wort Kolonialpolitik hat wie Militarismus einen traditionellen Sinn. Mit dem Worte „Kolonie“ fast man schon „Ordnung“ und „Unterdrückung“. Deshalb war der Standpunkt der deutschen Widerheit in Stuttgart sehr richtig. — Die Vogelfreiheit der ausländischen Arbeiter in Deutschland ist für uns ein Grund mehr, uns ganz erkaufte mit der Ein- und Auswanderungsfrage zu beschäftigen. Nur wenn die ausländischen Arbeiter in Deutschland eine rechtlich gesicherte Stellung erhalten, können wir sie zu Klassenkämpfern erziehen und für die Zukunft verhindern, daß sie unter deutschen Arbeitern als Lohndrücker und Streikbrecher in den Rücken fallen. (Beifall.)

Stadthagen-Berlin

Die Ausweisungspraxis der deutschen Regierungen steht in flagrantem Gegensatz zu den Staatsverträgen, die Deutschland abgeschlossen hat. — In der Kolonialfrage empfinden wir Freude und Genugtuung, daß der Stuttgarter Kongress den Beschluß des Mainzer Parteitag's gutgeheißen hat. (Sehr gut!) David hat mit seiner Verteidigung des „einmal gefassten Beschlusses“ wieder seine innere Abneigung gegen jede freie Kritik zum Ausdruck gebracht. Aber der Widerwille und die Empörung der deutschen Parteigenossen über die Einbringung der von Kol'schen Resolution war durchaus berechtigt. Enthielt sie doch die platten und grobe Unwahrheit, es hätten die Kolonien irgend einen Nutzen. Dieses falsche Kultusel (Heiterkeit) hat die deutsche Partei mit Recht zurückgewiesen. Heute hat niemand mehr diese Schwärzung in das kolonial-enthusiastische Fahrwasser verteidigt und darum wollen wir uns auch über den heutigen Sünden David freuen. (Heiterkeit und Beifall.)

Wlad-Berlin (Vorwärts)

Der Vorwurf Bebel's, es handle sich hier um einen Streit um des Kaisers Bart, trifft auch den „Vorwärts“ und deshalb habe ich mich zum Wort gemeldet. Es hat sich bei den Meinungsverschiedenheiten in Stuttgart nicht nur um eine sozialistische

Kolonialpolitik gehandelt, sondern es war direkt von einer Kolonialpolitik die Rede, die sogar mit staatlichen Zwangsmitteln betrieben werden sollten. (Hört! hört!) Das diese Auffassung richtig ist, beweist die folgende Redebehalte. Daß die Parteigenossen allen Grund haben, auf der Hut zu sein, beweisen mancherlei Vorkommnisse. So erschien dieser Tage in der Frankfurter „Volkswacht“ eine Pariser Korrespondenz, in der der Entschluß der Vorwärts gemacht wurde, die Häfen von Marokko unter die beteiligten Mächte zu verteilen. (Hört! hört!) Kein Blatt außer dem „Vorwärts“ hat gegen den gefährlichen Jaurès'schen Vorschlag Stellung genommen, eine internationale Aktion aller an Marokko beteiligten Mächte einzuleiten. (Hört! hört!)

Dr. David-Mainz

Es ist nicht wahr, daß ich mit Ehrlichkeit am ersten Satz der von Kol'schen Resolution festgehalten habe. Ich habe im Gegenteil zweimal versucht, den Satz zu beschränken. In dem zweiten Satz, der die Möglichkeit einer sozialistischen Kolonialpolitik feststellt, habe ich allerdings festgehalten. Dieser Satz ist aber vom Stuttgarter Kongress und auch vom Genossen Wurm angenommen worden. (Hört! hört!) Im übrigen ist es auch nicht wahr, daß in der von Kol'schen Resolution von der Notwendigkeit der Kolonialpolitik oder von dem Nutzen der Kolonialpolitik für die Arbeiterklasse die Rede war. Es wurde nur von dem übertriebenen Nutzen der Kolonien für die Arbeiter, den die Bourgeoisie behauptet, gesprochen. Kein Wort davon steht in der Resolution, daß van Kol mit staatlichen Zwangsmitteln Kolonialpolitik treiben will. Wenn Kantsch sagt, ich wolle in den Kolonien den Kapitalismus etablieren, so ist das eine unheimliche Verdrehung dessen, was ich gesagt habe. So wenig wie wir den Kapitalismus in Deutschland etabliert haben, so wenig tun wir das in den Kolonien. Ich sage nur, daß die Entwicklung auch der Kolonien durch den Kapitalismus hindurch müsse. (Beifall.)

Webel

Was Liebknecht über die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung des Fremdenrechts gesagt hat, unterlasse ich. Die Ausweisungen werden immer zahlreicher. Daß sich doch sogar der vorjährige Juristentag für eine solche Regelung ausgesprochen. Was unsere Kolonialdebatte anlangt, so glaube ich gestern ganz klar gesprochen zu haben. (Sehr richtig!) Ich habe wenigstens nicht gefunden, daß durch die heutigen Auseinandersetzungen die wichtigsten Werte Klarheit gebracht worden wäre. (Heiterkeit.) Im Gegenfall, je mehr wir in die persönlichen Auseinandersetzungen hineinkommen, desto verwirrt wird die Situation. (Sehr wahr!) Durch die heutigen Debatten ist nichts gewonnen, denn nachher werden wir doch alle den Beschüssen des Stuttgarter Kongresses unsere Zustimmung geben. Wurm hat gesagt, ich hätte ihn und Lebedur'schärfer angegriffen wie David und Bernstein. Ist mir gar nicht eingefallen. Ich habe vielmehr gesagt, daß beide Teile an der herrschenden Verwirrung schuldig sind. Ich bleibe dabei, daß der Streit um eine sozialistische Kolonialpolitik ein Streit um des Kaisers Bart ist. (Sehr wahr.) Erst wenn Sozialisten in die Lage kommen zu entscheiden, ob sie eine Kolonialpolitik treiben wollen oder nicht, wird diese Frage aktuell. Daß wir die Kolonialpolitik treiben können, behaupte ich allerdings und daß wir sie einmal treiben müssen, glaube ich ebenfalls. Der Genosse Wlad hat auf einen Artikel der „Frankfurter Volkswacht“ hingewiesen. Nun wird mir mitgeteilt, daß es sich nicht um eine redaktionelle Arbeit der „Volkswacht“ handelt, sondern um eine Korrespondenz aus Paris, die den Standpunkt der Genossen Jaurès in der Marokkofrage verteidigen sollte. Das hatte der „Vorwärts“ nicht erwähnt und ich gebe der „Frankfurter Volkswacht“ recht, wenn sie sich darüber beschwert. Nun steht Jaurès auf einem Standpunkt, der dem unfrigen diametral entgegensteht. Ich befreie die Stellung des Genossen Jaurès, ich verstehe, daß die Franzosen beim gegenwärtigen Stand die Marokkopolitik nicht prinzipiell bekämpfen und die Zurückziehung der Truppen verlangen. Damit ist aber bewiesen, daß unsere Haltung in der Mittelfrage auf dem Stuttgarter Kongress die richtige war. (Lebh. Zustimmung.) Ich hatte nicht geglaubt, daß drei Wochen nach Stuttgart bei der ersten besten Gelegenheit der ganze Perzeismus so glatt zu Boden fallen würde. (Beifall.)

Richard Fischer-Berlin

Wurm hat auf meine Rede in der Berliner Versammlung Bezug genommen und gemeint, der Bericht im „Vorwärts“ müsse richtig sein, denn ich hätte ihn nicht widersprochen. Das ist doch eine eigenartige Beweisführung für einen Redakteur. Weil jemand dem, was ein anderer über ihn geschrieben hat, nicht widersprochen hat, so muß es richtig sein. In Wahrheit ist gerade der in Frage kommende Satz im „Vorwärts“ unrichtig wiedergegeben. Deshalb ich nicht widersprochen habe? Weil man mir sagte: sei Du der Geschichtere und gib die Welt nicht das Schauspiel eines neuen Parteistrits. Um des lieben Vaters Willen habe ich geschwiegen. (Bravo.)

Karl Kantsch

David bestreitet gesagt zu haben, er wolle den Kapitalismus in den Kolonien etablieren. Wenn man den Kapitalismus in den Kolonien für notwendig hält, ihn dort fördern will, so ist das ungefähr dasselbe. David hat weiter bestritten, daß er irgendwie für die gegenwärtige Kolonialpolitik sich ausgesprochen habe. In Stuttgart hat er die Frage aufgeworfen, was wir mit der Leberöfierung anfangen sollten, falls wir keine Kolonien hätten, und er hat weiter die Notwendigkeit der Kolonien als Absatzgebiete für die kapitalistischen Mehrprodukte, die in der Heimat keinen Absatz finden könnten, behauptet. Das sind alles rein kapitalistische Gedankengänge, das ist der reine Dornburg! (Gr. Heiterkeit u. Beifall.)

Wlad-Berlin gibt zu, daß er die Erklärung der Frankfurter Volkswacht noch nicht gelesen habe, bestreitet aber, daß das Nicht-Derworgehen der Befürwortung der Jaurès'schen Aktion als der Mitteilung eines Korrespondenten ein schwerer Fehler des „Vorwärts“ sei.

Damit schließt die Diskussion. In seinem

Schlußwort

bestreitet Singer dem Genossen David gegenüber, daß er nach dem deutschen Majoritätsantrag als übereinstimmend mit der Mainzer Resolution bezeichnet habe, aber andererseits könne er der deutschen Widerheit den Vorwurf nicht ersparen, daß sie nicht die anscheinend vergebene Mainzer Resolution wieder hervorgeholt und als deutschen Antrag aufgenommen hätten. Dann wäre es wohl nie zu dem Beschluß gekommen, denn so die Delegation tatsächlich geplant hat. (Sehr wahr!) Dem von seiner Seite, das dürfen wir den Genossen wohl glauben, ist eine prinzipielle Veränderung unserer bisherigen Kolonialpolitik gefordert. Alle Genossen werden sich den Stuttgarter Beschlüssen einstimmig anschließen, und darum hätten wir dem Parteitag diesen häßlichen Streit einzelner Genossen (Wlad: r: schneidlicher Streit) ersparen können. Die Genossen hätten sich auch das Ausgraben aller vielleicht inkorrekt ausgesprochenen Äußerungen sparen können. Denn, das ist doch die Hauptsache, wir alle teilen den Standpunkt schroffer Kämpfer der kapitalistischen Kolonialpolitik. (Lebh. Beifall.)

In einer persönlichen Bemerkung hat David gegen Kantsch den Vorwurf der Entstellung seiner Worte aufrecht.

In der Abstimmung erklärt sich der Parteitag nach Singers Vorschlag mit den Beschlüssen des internationalen Sozialistenkongresses einstimmig einverstanden. (Bravo.)

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung

Meister.

Referent Richard Fischer-Berlin:

Die erwähnte Differenz früherer Jahre über die Meister sind noch stets harmonisch ausgefallen. Partei und Gewerkschaften wurden auch in dieser Frage noch immer einig. Das gleiche gilt von den Beziehungen mit der Arbeiterbewegung. Infolgedessen trat die Gewerkschaftsdelegation in Stuttgart an uns mit dem Antrag heran, die Pässe für die Meister-Ausgaben zu übernehmen. Wir aber glauben bindende Beschlüsse über die finanzielle Belastung der Partei nicht fassen zu können, sondern dies dem Parteitag zu überlassen. Nur prinzipiell erklärten wir uns mit der Tragung eines Teiles der Kosten durch die Partei einverstanden. Die Verhandlungen, die zur Durchführung dieses Beschlusses zwischen Parteivorstand und Generalkommission inzwischens stattgefunden, haben bei der Klärung der Zeit noch zu keinem praktischen Vorschlag an Sie geführt. Doch haben beide Teile den ernstesten Willen zur Verständigung und würdigen Regelung der Meister. Ich bitte Sie deshalb zu beschließen, daß wir die Verhandlungen mit der Generalkommission im Sinne der Stuttgarter Beschlüsse fortführen und einzuwickeln den Beschluß des Mannheimer Parteitages neu zu bekräftigen. (Beifall.)

Blume-Hamburg

tabelt den Bremerlaß des Parteivorstandes, der kurz vor der Meister erschienen sei. Selbst auf die Gefahr hin, daß die Scharfmacher eine große Arbeiterorganisation vernichten, waren die Hafenarbeiter Hamburg entschlossen, die Meister durch Arbeit zu begeben. — Redner verlangt vom Referenten eine authentische Erklärung darüber, ob die Hamburger Parteipolportreure berechtigt seien, am 1. Mai die Verteilung des „Echo“ zu verweigern.

Wesker-Vöckum:

Die Art der Begehung der Meister im Ruhrrevier ist jetzt keine würdige. An der Arbeitsruhe nehmen in unserem ganzen großen Wahlkreis keine 1000 Menschen teil. Der Antrag auf Teilnahme der Partei an den Kosten der Ausperrung bedeutet nun ja doch eine Abwägung der Meister. Da sollten wir doch lieber offen erklären, daß wir die Arbeitsruhe am 1. Mai nicht haben durchführen können und wir sie fallen lassen. (Teilweiser Beifall.)

Köppe-Hamburg

bedauert das Hinauszögern der Entscheidung über die Unterstützungsfrage und die ständigen Bremerlässe des Parteivorstandes. Am ehemaligen norddeutschen Belagerungsgebiet sei die Meister eine gewaltige Demonstration geworden. Sie würde auch in ganz Deutschland solche Fortschritte machen, wenn nicht die heillose Verfahrenheit auch in den leitenden Kreisen wäre.

Fischer-Hamburg:

Um die Regelung der Unterstützungsfrage kommen wir nicht herum. Wir wären allerdings mit der Arbeitsruhe viel weiter, wenn nicht immerfort gebremst würde, namentlich vom Metallarbeiterverband. Wir müßten wie die Oesterreicher im geeigneten Augenblick unsere ganze Kraft für die Arbeitsruhe einsetzen. Der diesjährige Aufbruch des Parteivorstandes hat die Stimmung in den Arbeiterkreisen ganz verkehrt. (Sehr wahr!) Die Ausperrungen werden von Jahr zu Jahr schwächer, auch die Unternehmung haben darin ein Daaer gefunden. Oder sie verbluten sich daran und leisten dann bei Lohnkämpfen weniger energiegeladen Widerstand.

Seher-Essen:

Im Essener Kreise ist die Meister gut vorwärts gegangen. Das wäre im ganzen Ruhrrevier der Fall, wenn nicht die Schreibweise der „Vergewaltigung“ ihre Ausbreitung hinderte. Gerade nach den letzten Reichstagswahlen müssen wir der bürgerlichen Gesellschaft zeigen, daß wir sie mit der alten Schärfe bekämpfen. (Beifall.)

Senke-Bremen:

Wenn die Verhandlungen mit den Gewerkschaften bis zur nächsten Meister nicht abgeschlossen sind, fürchte ich, daß dann eine Anzahl Gewerkschaftsführer gegen die Arbeitsruhe aufstehen werden. Ich stelle deshalb den Antrag, daß wir hier beschließen: „Es ist Pflicht der Parteigenossen für größtmögliche Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten, auch wenn die Verhandlungen zwischen Parteivorstand und Gewerkschaften nicht abgeschlossen sind.“

Ich sehe in dem Antrage die Kosten zu teilen einen Versuch, die Arbeitsruhe bei der Meister abzuwürgen. Es giebt noch viele Gewerkschaftsführer, die von der Arbeitsruhe nichts wissen wollen und die stets insgeheim dagegen agitieren werden. Die Bedeutung der Meister liegt in der Zukunft, weil wir die Massen durch die Meister für einen künftigen Massenstreik erziehen können, wie das schon die Genossin Rosa Luxemburg in ihrer Massenstreik-Broschüre ganz richtig gezeigt hat. Ich bitte Sie um Annahme meines Antrages.

Singer tritt die Mittagspause ein. Singer tritt mit, daß die Sitzung am Donnerstag nachmittags ausfällt, weil ein Ausflug der Delegierten ins Ruhrthal stattfindet.

Nachmittagsitzung.

Hiem-Dresden:

Partei und Gewerkschaften sind in gleicher Weise an der Durchführung der Meister interessiert. Deshalb sollte man sich freuen, wenn über die künftigen Fragen zwischen ihnen ein Einverständnis erzielt wird, zumal sie oft zu unangenehmen Auseinandersetzungen geführt haben. Deshalb erweise ich der Antragsteller eine Versicherung der Meister und ein Mitbewusstsein gegen die Gewerkschaftsführer vollständig unangebracht.

Richter-Wulau:

Der Meistergedanke ist unauflöslich tief in der Herzen und Köpfe des proletarischen Proletariats eingebunden, das revolutionär durch und durch ist. Sollte ein Parteitag die Arbeitsruhe ablehnen, das Proletariat würde sie über den Kopf der Führer durchführen. Was würden die Gegner sagen, wenn wir heute plötzlich das Gegenteil von dem beschließen, was wir bisher ausgeführt haben. Überall hat die Meister Fortschritt gemacht und die Parteigenossen sollten sich endlich auf den Gedanken der Meister durch Arbeitsruhe einigen. (Beifall.)

Bitter-Spandau:

Nicht den Mai wollen wir feiern, sondern den 1. Mai. Nicht in Abendveranstaltungen und nicht am Sonntag, sondern am Donnerstag des 1. Mai wollen wir feiern, wo wir eine Rolle über die Feiern haben. Nur die Demonstration am Tage kann der Feier die Bedeutung geben, die sie für uns haben soll. Der Erlaß des Parteivorstandes wurde als eine Ohrfeige empfunden. Die Frage der Meister ist für die Masse der Arbeiter längst gelöst. (Beifall.)

Silberstein-Berlin:

Die erzieherischen Momente, die in der Meister liegen, werden niemandem. (Zustimmung.) Der Erlaß des Parteivorstandes ist in weiten Kreisen von den Genossen mit Freude begrüßt worden. Neben dem Vorhand von der Generalkommission gedrängt worden ist, kann absolut keine Rede sein. Es ist auch heute so dargestellt worden, als ob mit der Beschließung der Meister die Arbeiter aus der Welt geschafft würde. Das ist aber durchaus nicht der Fall. Ja, es gibt Anzeichen in der Partei, die da meinen, daß die Abendveranstaltungen am 1. Mai eine eben so wichtige Form der Feier bedeuten können wie die Arbeitsruhe. (Widerpruch.) Wenn man im übrigen so wie bisher fortfährt und die Form der Abendveranstaltungen beibehält, dann man denjenigen Genossen, die nur Abends feiern können, den Mut und die Lust, in Zukunft überhaupt zu feiern. Den Antragsteller müssen wir erklären. Er bringt eine Anzahl Genossen in die schwierigsten Gewerkschaften. Soll diese Genossen etwa der Parteivorstand daran gehindert werden, wenn

einmal, wenn er es für notwendig hält, seine warmen Stimme zu erheben? Ich bitte, den Antrag abzulehnen. — Damit schließt die Debatte.

Schlusswort

nimmt Richard Fischer-Berlin den Erlaß des Parteivorstandes in Schutz. Bei den Reichstagswahlen sei es den bürgerlichen Parteien gelungen, die Sozialdemokratie auf politischem Gebiet in gewissem Sinne zu besiegen. Es bestand nun die Gefahr, daß das Unternehmertum die erste Gelegenheit benutzen würde, und das war der 1. Mai, um die Arbeiterbewegung auch wirklich zu schlagen. Das wollte der Parteivorstand vermeiden. Nur um diesem Gesichtspunkte dürfe der Erlaß des Parteivorstandes betrachtet werden. Der Antrag Bremen ist unannehmbar. Denn entweder er sagt in krassester Weise daselbe wie die Resolutionen von Jena und Mannheim, die wir heute neu zu beschließen vorschlagen, oder er bedeutet eine gewaltige Verschärfung der Meister, und dann müßte er eingeleitet werden mit den Worten: „Nach Aufhebung der Parteitagsbeschlüsse von Mannheim und Jena beschließt der Parteitag usw.“ Das werden Sie aber nicht wollen. Deshalb bitte ich Sie, den Antrag Bremen abzulehnen. (Lebhafte Zustimmung.)

Darauf wird der Antrag des Referenten, an den früheren Parteitagsbeschlüssen festzuhalten, angenommen. Damit sind alle anderen Anträge erledigt.

Es folgt der nächste Punkt der Tagesordnung: Die letzten Reichstagswahlen und die politische Lage.

Referent Reichstagsabgeordneter August Bebel: Der diesjährige Parteitag sollte im Ruhrrevier stattfinden, weil wir uns von ihm eine agitatorische Wirkung für die Reichstagswahlen versprochen. Wie Sie wissen, ist am 13. Dezember vorigen Jahres der Reichstag aufgelöst worden. Es ist meine tiefste Überzeugung, daß durch die Reichstagsauflösung nicht nur wir, sondern auch das Zentrum als zerschlagen worden ist, daß das Zentrum die Auflösung höchst unangenehm gekommen ist. (Sehr richtig!) Wenn es auch in der zweiten Lesung sich nicht mit der Regierungsvorlage einverstanden erklärte, hoffte es doch bei der dritten Lesung zu einer Verständigung mit der Regierung zu gelangen. Der Bruch mit dem Zentrum war um so überraschender, als zehn Jahre lang die verbündeten Regierungen und das Zentrum in der freundschaftlichen Weise Hand in Hand gegangen waren, und zwar in einem Maße, daß man sagen kann, daß das Zentrum, obgleich Minoritätspartei, die entscheidende Partei im Reichstage überhaupt war. Kein Gesetz in diesen zehn Jahren, keine Flottenvorlage, keine Militärvorlage, keine Steuervorlage, keine Zollvorlage, kein Handelsvertrag, kein sozialpolitisches Gesetz, kein Gesetz auf dem Gebiete der Justiz ist zustande gekommen ohne Zustimmung des Zentrums. Das Zentrum stimmte entweder mit der Rechten oder mit der Linken. Es war die maßgebende Partei und hat die Situation weitlich auszunutzen verstanden. Die Reichsregierung hat dem Zentrum sehr weit entgegenkommen müssen. Die erste Wendung brachte der Konflikt zwischen Noeren und Dernburg, der am Tage vor der Auflösung so scharfe Formen annahm, daß man sich sagte, hier muß es unbedingt zum Einlenken kommen. Als man sah, daß der Reichskanzler auf die Seite Dernburgs trat, da erst konnte man die Handlung der Dinge ablesen. Die Stellung des Zentrums war insbesondere den Nationalliberalen höchst unangenehm geworden. Die Nationalliberalen fühlten einer Vorlage, die vom Zentrum ausging, nur blutfeindlich zu. (Heiterkeit.) Aber man sagte sich eben, ohne das Zentrum ist nichts zu machen. Daselbe Gefühl war bei den Sozialdemokraten vorhanden. Das Zentrum hat nicht bloß durch seine Politik Vorteile aus seiner Stellung zur Reichsregierung gezogen, sondern auch ganz besondere persönliche Vorteile für seine Mitglieder auch außerhalb des Parlaments verlangt und erhalten. Viele seiner Mitglieder sind in hohe amtliche Stellen gekommen und im Advance begünstigt worden? Dazu kommt, daß das Zentrum für die katholische Kirche, insbesondere in Bremen, ganz besondere Hilfeleistung von der Regierung erhielt. (Sehr richtig!) Die Dinge nahmen also im Reichstag im November und Dezember ihren Lauf. Am 13. Dezember trat dann ein, was eingetreten ist. Man hat nun — und diese Unwahrheit ist noch am Sonntag im Zirkus Busch von den Liberalen wiederholt worden —

von einem schwarz-roten Kartell

gesprochen. Das ist eine Unwahrheit und eine grobe Entstellung der Tatsachen. (Sehr wahr!) Wir haben niemals in einem Kartellverhältnis zum Zentrum gestanden. Wir sind vollständig unabhängig vom Zentrum, aber die Natur der Verhältnisse im Reichstage brachte es mit sich, daß wir sehr häufig mit dem Zentrum stimmten. Das haben übrigens — und das vergessen leider die Liberalen jetzt zu sagen — die Liberalen sehr häufig auch getan. (Sehr richtig!) Die Freireiher haben früher sogar in einer Art Herrschaftsverhältnis zum Zentrum gestanden, weil sie immer mehr zurückgingen und bei den Stichwahlen auf die Hilfe des Zentrums angewiesen waren. (Sehr wahr!) Wir haben immer nur nach unserem eigenen Ermessen gestimmt, wenn wir das Gute haben konnten. Allerdings haben wir dann das Beste genommen, auch wenn es vom Zentrum kam. (Sehr richtig!) Nach der Auflösung mußte sich die Regierung die Frage vorlegen, gegen wen sich nun der hauptsächlichste Stoß zu richten haben würde. Die Regierung mußte sich sagen, daß sie dem Zentrum nach Lage der Dinge nicht viele Mandate abnehmen konnte. Das Zentrum hielt sich seine Mandate dort her, wo die Katholiken blühten und wohnten. Da ist es schwer, das Zentrum aus dem Sattel zu heben. (Sehr richtig!)

Gegen uns gingen infolgedessen die meisten Angriffe ein, weil wir die äußerste Oppositionspartei sind, weil wir Feinde des bestehenden Staats und der bestehenden Gesellschaftsordnung sind, und schließlich,

weil der Kaiser am allerwenigsten unser Freund

ist. Die Parole: Gegen die Sozialdemokratie! hat in erster Linie den Beifall des kaiserlichen Herrin. Diesen Beifall zu erhalten, darauf war Fürst Bismarck gerade in jener Situation angewiesen. (Sehr wahr!) Dadurch, daß die gesamten bürgerlichen Parteien auf die Seite der Regierung getreten waren und andererseits die bürgerlichen Parteien von der Regierung die weitgehendste Unterstützung erhalten haben, sind die Erfolge über die Sozialdemokratie errungen worden, die die bürgerlichen Parteien in den einzelnen Wahlkreisen zu verzeichnen haben.

Ich behaupte nicht zu viel, wenn ich sage, daß von den höchsten Stellen in der Regierung, vom Reichskanzler herab bis zum letzten Wahlkreisleiter in jenem Wahlkampf eine geschlossene Front gegen die Sozialdemokratie vorhanden war. (Sehr richtig!) Diese Unwahrheit wird von unseren Parteigenossen bei den Erörterungen des diesjährigen Parteitagbeschlusses viel zu wenig beachtet. Das Reichstagskartell, das Bismarck, der Flottenverein, sämtliche Regierungen ohne Ausnahme haben alle zusammen nach einem bestimmten Ziele, um gegen uns zu kämpfen. Ganz besonders — und das mag den Württembergischen Genossen gegenüber einem Vorkommnis der jüngsten Zeit gesagt sein — ganz besonders in Staat Württemberg hat die Württembergische Regierung genau wie die anderen Regierungen alles aufgegeben, um die Sozialdemokratie niederzureißen. (Hört hört!) Dazu kommt, daß von Seiten der Vorgesetzten in den staatlichen Behörden direkt auf die Untergebenen ein Unwohlsein ausgeübt wurde, nicht für uns zu stimmen. In einer deutschen Großstadt, die ich natürlich nicht nennen kann, haben in der Reichstagswahl von 1903

500 Unterbeamte für uns gestimmt.

Im Jahre 1907 haben aber nur 13 ihre Stimme für den sozialdemokratischen Kandidaten abgegeben. (Hört, hört!) Weiter haben die bürgerlichen Parteien sich eine Organisation geschaffen, wie sie früher niemals vorhanden war, sie hatten für die Reichs-

wahlen einen Schlenkerdienst eingerichtet, der ganz aus geschulten funktionierte. Durch alle diese Mittel haben sie eine Reihe indifferenten Wähler an die Wahlurne gebracht. Nun haben viele Genossen die Hauptschuld an dem Wahlergebnis dem Reichsländerverband zugeschoben. Durch seine Beschimpfungen und durch die niederträchtige Art seines Kampfes gegen uns soll er seine Erfolge erzielt haben. Ich will nicht bestreiten, daß in gewissen Kreisen, die Art des Vorgehens des Reichsländerverbandes eine gewisse Wirkung gehabt hat. Ich bestreite aber auf das Allerentschiedenste, daß diese Art des Kampfes so gerichtet hat, wie ein großer Teil von uns annimmt. Der Verband hat nur auf das Reich das übertragen, was die München-Glabacher Jesuitenschule seit Jahren gegen unsere Parteigenossen an Beschimpfungen vorgebracht hat. Die ganzen Beschuldigungen entstammen der Rüstammer der München-Glabacher Herren. Erst hieraus hat sich der Reichsländerverband die Verleumdungen geholt. (Zustimmung.) Ich kenne seit dem Jahre 1887 alle Reichstagswahlen, wenn ich manchmal auf Agitation durch die Kreise kam und das Uebermaß von Beschimpfungen und Verleumdungen hörte, dann sagte ich mir manchmal: Postausend, das muß furchtbar wirken bei den Wahlen! Da werden wir eine gehörige Niederlage erleben. Dugendemale war ich dann überrascht, wenn sich in dem Wahlergebnis zeigte, daß die Verleumdungen so gut wie nicht gewirkt hatten. Es wäre ja auch böse, wenn es anders wäre, ein Volk müßte vollkommen verrotten und verblödet sein, wenn es auf die Dauer sich von solchen Angriffen blenden ließe. (Sehr richtig!) Wir wollen nicht bestreiten, daß

Reinbäuerliche Kreise.

die im Jahre 1903 für uns gestimmt haben, diese für die Gegner stimmten. Die Folgen des Sozialismus werden sie erst später am eigenen Leibe erfahren und dann werden sie auch einsehen, wie verkehrt sie bei der diesmaligen Wahl gestimmt haben. Durch Kleingewerbetreibende sind in gemischten Lager übergegangen. Die gewaltigen sozialen Kämpfe, die großen Lohnkämpfe haben sie kopflos gemacht. Leute die mit uns sympathisierten, ja die sich als Sozialdemokraten bezeichneten sind in das andere Lager übergegangen. Das ist nicht weiter verwunderlich und mit dem Maße wie sich die sozialen Gegensätze verschärfen, wird das noch mehr der Fall werden. Es wird noch schärfer werden wenn die Krise eintritt. Da ich nun einmal das Wort Krise ausgesprochen habe, sei folgendes erwähnt. Nach gut verbrügten Nachrichten war auch die im nächsten Jahre drohende Krise ein Grund für eine Reichstagsauflösung. Dernburg, und das würde seiner früheren Stellung nur entsprechen, soll gesagt haben: Wenn wir bis 1908 warten und dann erst in die Wahlkampagne eintreten, besteht die große Gefahr, daß dann eine ökonomische Krise eintritt, dann wird bei den Massen die Unzufriedenheit auf die Spitze getrieben sein und wir werden einen Reichstag bekommen, der noch viel schlimmer ist, als der gegenwärtige. Es müßte also, wenn irgend ein Grund vorhanden ist, der Reichstag aufgelöst werden. (Hört! Hört!) Ungünstige Folgen für den Ausfall der Wahlen soll auch

der Dresdener Parteitag

gehabt haben. Gewiß, nach dem Dresdener Parteitag würde die Sprache des Fürst von Bismarck gegen uns plötzlich eine ganz andere und der Ton der Verhandlungen und des Dresdener Resultat haben auf manche Intellektuelle abgefärbt. Man überschätzte indessen die Folgen. Allerdings, die Simplifizismuskulte haben vielleicht 1903 Mann für Mann für uns gestimmt. Diesmal sind sie auf den Demagogentempel hereingefallen. Aber die Ernüchterung dieser Kreise hat schon eingeleitet und wird noch große Fortschritte machen. Denn gerade für die Interessen von Kunst und Wissenschaft kann der Bloß nichts leisten. Was ist nun für uns das Ergebnis des Wahlkampfes? Wir haben aus allen diesen Gründen 2-300 000 Wähler verloren, 5-600 000 gewonnen und etwa eine weitere Viertelmillion hat die skrupellose Agitationsweise der bürgerlichen Parteien festgehalten. Wir haben eine Stimmengahl von 3 1/2 Millionen, ein Erfolg, an den wir nicht deuten lassen und den wir uns nicht verkleinern lassen wollen. Denn er ist

ehrlich erworben unter den schwersten Umständen.

Wir werden nicht wieder einen so leichten Wahlkampf haben wie früher oft. Das Bürgertum hat gelernt, sich zu organisieren und es hat sich viel besser und fester organisiert als die Arbeiterklassen, denen sie an Klassenbewußtsein überlegen sind. Wir müssen wie das Unternehmertum möglichst alle Arbeiter in einer Organisation zusammenfassen und keinen Angehörigen der Arbeiterklassen zurücklassen. War ich doch selbst vor 45 Jahren Bildungsvereiner und erbitterter Feind der Sozialdemokratie und ich habe mich durchgerungen wie so viele andere. Es müßten ja sehr ungeschickte Eltern sein, die nicht ihre Kinder zur Sozialdemokratie erziehen können. Die bürgerlichen Parteien suchen dieser sozialdemokratischen Erziehung mit allen Mitteln entgegenzuwirken. In allen Schulen wird Politik gelehrt und alle Lehrer müssen die Kinder im Dienste des Hohenzollern erziehen. Der Kaiser selbst, der ja aus keinem Herzen keine Würdegrube macht, wünscht die Erziehung der Kinder. Weiter wirkt die weitverbreitete bürgerliche Presse, die jetzt noch viel systematischer als früher gegen uns arbeitet. Das Bürgertum schließt sich immer mehr zusammen. Das Zentrum kehrt sich auch in den bürgerlichen Bloß hinein und wenn die Session ordnungsgemäß zu Ende gegangen wäre, hätten wir sicher schon bei dieser Wahl alle bürgerlichen Parteien gegen uns. (Lebhafte Zustimmung.) Darum müssen wir die Agitation und Organisation viel energischer betreiben. Es liegt jedenfalls kein Grund zum Pessimismus vor, und wenn wir Alten, die wir 5 Jahrzehnte hindurch den Mut nicht haben sinken lassen, in der Gegenwart so hoffnungsfreudig sind, wie kaum je zuvor, so wäre es ja eine Schande für die Jungen, wenn sie anders dächten. (Zuruf: Wir sind nicht bangel!) Bangen sollt Ihr nicht sein, aber auch nicht optimistisch. Gewiß, wir haben bei den Wahlen nicht glänzend abgeschnitten. Wir haben keinen Stimmengewinn gemacht, wie er hätte sein müssen. Aber das wäre eine elende Partei, die nicht einmal eine schlechte Niederlage ertragen könnte. Wir haben Niederlagen schon gehabt, unter den furchtbaren Verfolgungen des Sozialistengesetzes, als unsere Agitatoren im Gefängnis saßen und keine Agitation möglich war. Unsere Stimmengahl war von über 400 000 bis auf 312 000 im Jahre 1878 niedergegangen bis zum Jahre 1881.

Aber wir haben nie den Mut sinken lassen.

Auch die Karnivalswahlen haben uns nicht geschadet. Es kam dann ein formidabler Aufstieg bis zum Höhepunkt im Jahre 1903. Da sagte Herr Erzbischof in Köln: Drei Millionen hat die Sozialdemokratie. Wo soll das hinaus? Dabei sei erwähnt, daß ein guter Teil des Schredens, der das Bürgertum bei den letzten Wahlen beherrschte, die Furcht war, es würde noch viel mehr Sozialdemokraten als im Jahre 1903 gewählt werden. Dieser Stimmung hat auch Graf Ballestrem Ausbruch gegeben, als er beim Scheiden aus dem Reichstagspräsidium sagte, das nächste Mal wird Herr Singer hier Platz nehmen. Das war nur ein Witz, denn auch wenn wir 120 Abgeordnete bekommen hätten, so hätte man uns nicht gewählt. Aber dieses Wort war bezeichnend für die Stimmung der Wähler. Das war das, was sie anfeuerte, und deshalb hat auch Herr Fischer am Sonntag im Zirkus Busch geäußert, das Bürgertum werde bei den letzten Wahlen gezeigt, daß es mit der Sozialdemokratie fertig werden könnte. (Stürm. Gelächter.) Die bürgerlichen werden nicht mit uns fertig, aber wir mit ihnen. Ginge es mit rechten Dingen zu, dann müßten wir viel mehr Abgeordnete im Reichstag haben, wenn die Wahlkreiseinteilung gerecht wäre statt 43 —

(Fortsetzung im Hauptblatt.)